Nr. 224 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zł. | Freitag, den 30. September 1927

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 9. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Kein Fortschritt in den deutsch-polnischen Verhandlungen?

Warschau beschuldigt Berlin — Die Folgen der Abwesenheit Zaleskis in Genf — Berlin erwartet polnische Vorschläge

Berlin. Warschauer Blätter berichten fast übereinstimmend daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen auf einem toten Punkt angelangt seien, da der deutsche Gesandte Rauscher Besprechungen nur allgemeiner Natur führen könne und keine Instruktionen aus Berlin habe. An zuständiger deutscher Stelle wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß man auf deutscher Seite an das Zusammentreffen des polnischen Außenministers Zaleski mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Genf die Hoffnung geknüpft habe, daß nach dem befriedigenden Verlauf der diplomatischen Vorverhandlungen über die Niederlassungsfrage ein weiterer Schritt auf dem Wege zu weiteren sachlichen Verhandlungen hätte getan werden können. Leider konnte durch die Erkrankung des polnischen Außenministers die geplante Zusammenkunft nicht zustande kommen. In Berlin erwartet man polnische Vorschläge, um die Verhandlungen in Gang zu bringen.

Wichtige Anleiheverhandlungen?

Warschau. Gestern fanden eine Reihe von Konferenzen zwischen dem Staatspräsidenten und Pilsudski, sowie dem Vizepremier Bartel und dem Finanzminister Czechowicz statt. Später besuchte der Staatspräsident den Ministerpräsidenten. In politischen Kreisen will man wissen, daß diese Verhandlungen ausschließlich mit der Aufnahme von Anleiheverhandlungen verknüpft waren.

Inzwischen ist der Staatspräsident nach Krakau abgereist, während der Ministerpräsident Pilsudski sich nach Spala begab und der Innenminister eine Inspektionsreise nach Pommerellen unternahm. Man erwartet Entscheidungen in der Anleihefrage erst, wenn der Staatspräsident von seiner oberschlesischen Reise zurückkehrt.

Der Länderschacher Frankreichs

Eine politische Sensation in Budapest

Budapest. Das Blatt „Magyara" hat mit der Veröffentlichung einer französischen Note vom Frühjahr 1920 in Budapest eine politische Sensation hervorgerufen. Die von Paleologue unterzeichnete Note enthält ein Protokoll über die vor dem Abschluß des Vertrages von Trianon mit Ungarn geführten Grenzverhandlungen unter besonderer Berücksichtigung des Minderheitenschutzes. Nach der Note hatte damals Frankreich Ungarn zugesichert, dafür Sorge zu tragen, daß rein ungarische Gebiete ungarisch bleiben sollten. In den gemischt fraglichen Gebieten Siebenbürgens, sollten Volksabstimmungen zwischen Rumänien und Ungarn entscheiden. Diese Volksabstimmungen waren auch für sächsische Gebiete vorgesehen. Den Minderheiten sollten in den neuen Staaten die Autonomie zugesichert werden. Zwischen Ungarn und Rumänien sollte der fremde Grundbesitz ausgetauscht werden. Schließlich sollte mit Ungarn eine Militärkonvention zustande kommen. Der Friedensvertrag von Trianon hat aber keine dieser Zusicherungen zur Erfüllung gebracht. Unter dem Eindruck der ungarischen Politik des Lord Rothermere gewinnt die damalige Haltung Frankreichs heute eine ganz besondere Bedeutung.

Die Enthüllungen über die vom 15. April 1920 datierte französische Note, worin Ungarn günstigere Friedensbedingungen in Aussicht gestellt wurden, als wie der Trianonvertrag enthielt, erregen hier allgemein großes Aufsehen. Es wird festgestellt, daß die Regierung von 1920, an deren Spitze Ministerpräsident Simonyi-Semadam stand, und in der Graf Teleki das Auswärtige Portefeuille innehatte, die Beantwortung der Note so lange verzögerte, bis die Polen und Franzosen die Sowjettruppen bei Warschau entscheidend schlugen, wodurch Ungarns Beihilfe inaktuell wurde. Die Verzögerung soll auf englischen Einfluß hin erfolgt und darauf zurückzuführen sein, daß der damalige Premierminister, Lord George, den Ungarn die Zusicherung gegeben habe, daß evtl. scharfe Bedingungen eines Friedensvertrages mit Ungarn ohne ihn innerhalb eines Jahres revidiert werden würden. Es wird nunmehr gefordert, daß der Ministerpräsident und der Minister des Aeußeren vom Jahre 1920 wegen dieser Angelegenheit zur Verantwortung gezogen, auf jeden Fall aber zu einer Aeußerung bewogen werden. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß Frankreich, wie aus dieser Note hervorgehe, im Jahre 1920 eine ebensolche Grenzziehung für gerecht befunden habe, wie sie Rothermere fordert, woraus man ein neues Argument für die Possibilität der Rothermere'schen Aktion ableitet.

Kommunisten vor Gericht

Schwere Gefängnisstrafen wegen Pressevergehen.

Paris. Gegen eine Reihe von Kommunisten, darunter die Deputierten Duclos und Marty wurden wegen militärfeindlicher Artikel in der kommunistischen Presse in der Mittwoch-Verhandlung des Pariser Gerichtes außerordentlich strenge Strafen verhängt. Wegen sechs verschiedener Delikte wurde der Deputierte Duclos zu 30 Jahren Gefängnis und 18 000 Franken Geldstrafe, der Deputierte Marty wegen zwei Vergehen zu zehn Jahren Gefängnis und 6000 Franken Geldstrafe und vier andere Angeklagte zu je drei Jahren Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe verurteilt.

•

Paris. Das Urteil des Pariser Strafgerichtes gegen mehrere kommunistische Führer, das für 14 Zeitungsartikel auf insgesamt 58 Jahre Gefängnis und 36 000 Franken Geldstrafe lautete, veranlaßt auch die gemäßigten Linkskreise zu einer außerordentlich scharfen Sprache gegen die Regierung, die in Anbetracht der immer näher rückenden Wahlen an Bedeutung gewinnt. So schreibt der „Soir": Selbst wenn das Parlament nicht die arge Beleidigung empfinden sollte, die ihm durch derartige Urteile zugefügt werde, selbst wenn es zulassen sollte, daß ihm langsam jede Macht entrissen werde, so bleibe noch immer die Möglichkeit, an das Land zu appellieren. Die gestrigen Urteile hätten nichts mit Gerechtigkeit zu tun, es seien Urteile, die von einem abscheuungswürdigen Klassenhaß sprächen. Vor allem bedeuteten sie jedoch einen Triumph der Dummheit, denn die Rückwirkungen würden der kommunistischen Propaganda am besten dienen. Die Regierung der nationalen Einigung arbeite also nicht nur für die Reaktion, sondern auch für den Kommunismus. Es frage sich nur, wie lange sich die demokratischen und sozialdemokratischen Elemente dieses Regime gefallen lassen werden.

Die „Times" unterstützen Chamberlains Ostgrenzenpolitik

London. Die „Times" bemerken zu der deutsch-französischen Kontroverse über die Kriegsschuldfrage, daß die Völkerbundsrede Chamberlains vollberechtigt gewesen sei. Die britische Garantie der Westgrenzen habe jede wirkliche Gefahr auf dieser Seite beseitigt, aber es beständen Unsicherheiten im Osten in Anbetracht der deutschen Forderungen nach Revisionen der Ostgrenzen. Großbritannien habe den größten Anteil an dem europäischen Frieden durch seine Locarnogarantien und wenn selbst diese solide Garantie noch zu keiner vollen Wirkung geführt habe, so sei Sir Austen Chamberlain vollberechtigt gewesen, im Namen Groß-Britanniens abzulehnen, daß es in weitere unsichere Konflikte hineingezogen werde. Gleichzeitig hatte er den Völkerbund in seinem eigenen Interesse warnen müssen.

Zusammenkunft Primo de Rivera-Chamberlain

Berlin. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Madrid ist Primo de Rivera Mittwoch nach Barcelona abgereist, wo sich der englische Außenminister Chamberlain seit Dienstag befindet. In spanischen politischen Kreisen habe dies im Zusammenhang auf die Tangerfrage und die Einberufung der gesetzgebenden Versammlung großes Aufsehen erregt.

Ein Shell-Erfolg im Oelkrieg

Berlin. Die „Vossische Zeitung" berichtet aus Neuyork: Im Kampf der Royal Dutch gegen Standard Oil hat die englische Gesellschaft den ersten wirklichen Sieg zu verzeichnen. Der Shell Union Oil Co. einer Tochtergesellschaft der Royal Dutch ist es gelungen, der Oil Kalifornia ihren größten Oil Lieferungsvertrag abzujagen. Die Matson Naivgating Co. die zwischen San Franzisko und Hawaii ihre Dampfer laufen läßt, hat das Geschäft der Shell Union übertragen, weil sie weit niedrigere Offerten machte, als die Standard Oil Kalifornia.

Irische Wahlen

Beginnende Klassenscheidung.

London, im September.

Erst jetzt wurden die endgültigen Ergebnisse der Wahlen in Irland bekannt. Wenn es nach der Absicht der Regierung der Zweck der Wahlen war, eine starke Mehrheit für die Politik der bisher herrschenden Partei zu sichern, dann hat der Ministerpräsident Cosgrave, trotz der vierzehn neu eroberten Mandate, keinen politischen, sondern nur einen Wahlerfolg errungen. Denn diese Parlamentssitze hat die Regierungspartei nicht ihren Gegnern, sondern jenen kleinen Parteien abgewonnen, die bisher ihre Politik unterstützt haben, vor allem den Farmern und den Wilden (Unabhängigen). Eine ähnliche Verschiebung vollzog sich auch auf der oppositionellen Seite. Die republikanische Partei de Valeras gewann dreizehn neue Mandate, die Leidtragenden sind aber nicht die Regierungsparteien, sondern die Nationale Liga und die Arbeiterpartei, so daß die Spannung zwischen der Regierungspartei und den Republikanern die gleiche blieb. Im ganzen hat sich aber die Lage der Regierungspartei doch ein wenig gebessert: hatte sie in dem Ende August aufgelösten Parlament nur eine Mehrheit von einer oder zwei Stimmen, so hat sie jetzt, wenigstens theoretisch, eine Mehrheit von sechs Stimmen. Die Parteiverhältnisse im neuen Parlament sind: (Wir setzen die Zahlen, die die frühere Stärke der Parteien angeben, in Klammern): Regierungspartei 61 (46), Farmer 6 (11), Unabhängige 12 (14). Gesamtstärke der Regierungsgruppen 79 (71). Auf der oppositionellen Seite stehen folgende Parteien: Republikaner 57 (44), Arbeiterpartei 13 (21), Nationale Liga 2 (7), Kommunist 1 (0). Gesamtstärke der Opposition: 73 (72). Die Abgeordneten des früheren Parlaments, die der Gruppe Sinn Fein angehörten, und einige die außerhalb jedes Parteiverbandes standen, wurden von den zwei großen Gruppen der Republikaner und der Regierungspartei aufgesogen.

Es ist angesichts dieser Stärkeverhältnisse klar, daß Cosgrave überhaupt nicht oder nur mit Hilfe einer Koalition regieren wird können. Aber eine Mehrheit, die auch mit dem Hilfsmittel der Koalition nur sechs Stimmen stark ist, ist fast keine Mehrheit, denn bei jeder Abstimmung können menschliche oder technische Zufälle, von politischen Differenzen ganz abgesehen, zur Niederlage der Regierung führen. Die staatsrechtliche Grundlage des Irischen Freistaates, der Vertrag von 1921, ist demnach recht schwach gestützt, wenn man auch annehmen kann, daß die Arbeiterpartei nicht geneigt sein wird, in der Gefolgschaft de Valeras und der Republikaner zu marschieren, falls diese noch immer den Streit mit England in den Mittelpunkt ihrer politischen Aktion stellen sollten. Es ist vielmehr so, daß beide großen Parteien auf die fallweise Unterstützung der Arbeiterpartei angewiesen sein werden und die Stellung der Arbeiterpartei wird daher trotz ihres beträchtlichen Mandatsverlustes im Parlament keineswegs schwach sein.

Wenn also die politische Lage nach diesen Wahlen kaum klarer sein dürfte, als vorher, so ist doch die Entwicklung zu einem Dreiparteiensystem, eine allerdings noch ziemlich unklare soziale Scheidung, unverkennbar. Die Regierungspartei entwickelt sich immer mehr zu einer konservativ-großbürgerlichen Partei, deren Politik nicht so sehr auf nationale Selbständigkeit, als vielmehr auf die Teilhaberschaft in dem großen britischen Weltgeschäft gerichtet ist. Cosgrave hat auch protestantische Kandidaten aufgestellt und durchgebracht, was angesichts der historischen Einheit der englischen Fremdherrschaft und der protestantischen Religion für Irland schon ein Wagnis war. Murphy, ein Multimillionär und Präsident der irischen Nationalbank, stand auf seiner Seite. Die in Irland noch lebenden englischen Großbürger schließen sich der Regierungspartei an, die als der Sachwalter der britischen Reichsinteressen gilt. Die Republikaner sind auf dem Wege, sich zu einer nationalistischen Partei des Kleinbürgertums und der Bauernschaft zu entwickeln, während die Arbeiterpartei als der Trgäer der proletarischen Interessen am öffentlichen Leben teilnimmt. Natürlich ist dieser klassenmäßige Unterbau noch sehr stark von den nationalen und staatsrechtlichen Problemen beeinflußt, wie dies in allen Ländern der Fall ist, in denen um die Freiheit oder Einheit der Nation gegen eine Fremdherrschaft gekämpft werden mußte. Aber die sozialen Tatsachen zeigen sich sogar in einem Lande, dessen nationale Kämpfe an Heftigkeit, Grausamkeit und an tragischen Zwischenfällen ohnegleichen in der Geschichte dastehen, stark genug, um den Aufmarsch der

Klassen innerhalb der Nation vorzubereiten. Das ist die eigentliche politische Bedeutung der jetzigen Wahlen: daß sich innerhalb des von dem nationalen und staatsrechtlichen Gegensatz so stark beherrschten Volkes die Klassen zu organisieren beginnen.

Im bürgerlichen Lager scheint der republikanische Führer de Valera diesen Prozeß am ehesten begriffen zu haben. Sein Wahlerfolg ist vor allem darauf zurückzuführen, daß er das entscheidende soziale Problem Irlands, die Agrarfrage, aufgriff, dabei aber auch den Arbeitern einen — wenn auch nicht den richtigen — Weg zeigte, der sie zu größerem Einfluß und zu besserer Lebenshaltung führen soll. Die irische Landbevölkerung ächzt unter der schweren Steuerlast und den großen Entschädigungssummen, die sie den englischen protestantischen Grundbesitzern zu zahlen hat. Die blutigsten Kämpfe des neunzehnten Jahrhunderts entbrannten ja bekanntlich um diese Fragen, und keine Steuern, keinen Pachtschilling zu zahlen, war in Irland nicht nur eine materielle Frage, sondern viele Jahrzehnte hindurch geradezu die nationale Tugend, der Prüfstein gut irischer Gesinnung. Mit der Errichtung des Freistaates verschwand der englische Steuerbeamte und auch der englische Grundbesitzer hat mit dem irischen Pächter nichts mehr zu tun: dem irischen Beamten des Freistaates obliegt jetzt die schwere Pflicht, die Bevölkerung an das Steuerzahlen zu gewöhnen und der Freistaat hat die Verpflichtungen übernommen, die Entschädigungssummen für enteigneten Besitz einzutreiben und dem britischen Staatsschatz einzuhändigen. An diesem Punkt knüpfte die republikanische Agitation de Valeras an. Der irisch-englische Vertrag von 1921 bestimmt, daß Irland an den Staatsschulden Englands keinen Anteil hat. Da aber die englische Regierung die englischen Besitzer in Irland entschädigt hat und die jetzt eingehobenen Summen von der englischen Regierung zur Tilgung der Staatsschulden verwendet werden, stellt de Valera den irischen Bauern die Dinge so dar, daß sie auf diesem Umweg doch britische Steuerzahler seien und er versprach ihnen, im Falle seines Sieges, die Streichung dieser Entschädigungen. Da die Iren vor allem ein Bauernvolk sind, ist es nicht verwunderlich, daß diese Neuauflage der alten „No Rent"- (keine Grundrente) Agitation ihm in bäuerlichen Kreisen viele Anhänger wirbt.

Eine andere Wahlparole de Valeras war der Ruf nach Schutzzöllen gegenüber dem protestantischen, stockenglischen Ulster. Die schwache irische Industrie soll hinter diesen Zollmauern aufgezüchtet, das Land industrialisiert werden, die Arbeiterschaft Arbeitsgelegenheit und damit bessere Löhne erhalten. So sucht de Valera seine nationalistische und republikanische Politik mit lebenswichtigen sozialen Problemen zu verknüpfen und sein großer Wahlerfolg ist nicht zuletzt auf diese Tatsache zurückzuführen, daß er den alten Schlauch der nationalistischen Politik mit dem neuen Wein der sozialen Forderungen der Bauernschaft und der aufstrebenden industriellen Klassen füllt. Die acht Mandate, die er der Arbeiterpartei abgenommen hat, sind der Beweis dafür, daß in ihm und seiner Partei der Arbeiterpartei der eigentliche politische Gegner erwächst.

Litauen verstimmt

Kowno. Das offiziöse litauische Blatt „Lietuvis" äußert sich sehr verstimmt über die Stellungnahme führender lettischer Sozialdemokraten zu den litauischen Regierungsmaßnahmen nach dem Tauroggener Putsch. Die Sozialdemokratie sei in Lettland die Regierungspartei, und es wirke sehr befremdend, wenn diese Partei nicht nur in Lettland litauische Regierungsmaßnahmen scharf kritisiere, sondern sogar einem ihrer Führer gestatte, eine solche Kritik auch in einem sozialdemokratischen Blatt Deutschlands zu veröffentlichen.

Ebenso befremdend nennt es der „Lietuvis", daß ein in Riga erscheinendes litauisches Emigrantenblatt ungehindert zum bewaffneten Aufstand in Litauen hetzen dürfe. Neuerdings sei auch festgestellt worden, daß die lettischen Schaffner der Transitzüge bei der Durchfahrt durch Litauen heimlich revolutionäre Literatur verbreiten. Aus alledem zieht das litauische Regierungsblatt den Schluß, daß über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der baltischen Staaten doch noch ernstlich nachgedacht werden müßte.

Frankreich und die Moskauer Schulden-Vorschläge

Berlin. Wie der Pariser Korrespondent des Asien-Osteuropa-Dienstes authentisch erfährt, wird der russische Vorschlag als unannehmbar vom französischen Kabinett abgelehnt werden, jedoch soll eine Entscheidung über die Fortsetzung bezw. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland erst nach den französischen Neuwahlen erfolgen. Weder die Banken, noch die Industrie sind zu Krediten an die Sowjetregierung ohne Garantie der Bank von Frankreich oder der französischen Regierung bereit. Aber sowohl die Bank von Frankreich, als auch Poincaree und mit ihm mehrere Kabinettsmitglieder lehnen die Behandlung der Kreditfrage bis zur endgültigen Regelung der Schuldenfrage kategorisch ab. Man fordert außer der Klärung der Vorkriegsschuldenfrage auch die russische Bereitwilligkeit zur Bezahlung der Kriegsschulden und der Entschädigungen durch die Nationalisierung enteigneter Franzosen. Im einzelnen verfallen die gesamten Schuldensummen in folgende Teile: Vorkriegsschuld 10 Milliarden Godfranken, Kriegsschulden 6 Milliarden Goldfranken und Entschädigung für Enteignungen 6 Milliarden Goldfranken. Insgesamt 22 Milliarden Goldfranken.

Deutschland und die russisch-französischen Verhandlungen

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, beabsichtigt die Sowjetregierung ein amtliches Beweisbuch zu veröffentlichen, in dem die Vorgänge bei den russisch-französischen Verhandlungen eingehend dargestellt werden sollen. Wie verlautet, erfolgt diese Veröffentlichung unter anderem auch deswegen, um keinen falschen Eindruck über die Art und dem Umfang der französisch-russischen Verhandlungen aufkommen zu lassen; insbesondere müßte die Sowjetregierung alles vermeiden, was in Deutschland verstimmend wirken könnte. Die Sowjetregierung läßt daher durch die Presse darauf hinweisen, daß die russisch-französischen Verhandlungen alles vermeiden sollen, was die deutsch-russischen Beziehungen irgendwie berühren, oder in Widerspruch zu dem deutsch-russischen Vertrag stehen könnte. Auch das französische Bestreben, einen Zusammenhang zwischen den russisch-französischen und den russisch-polnischen Verhandlungen herbeizuführen, wird russischerseits aufs energischste abgelehnt. Es wird betont, daß eine Fortführung der Verhandlungen mit Polen und mit Frankreich für die Sowjetregierung nur in Frage komme, wenn beide Fragenkomplexe getrennt von einander gehandhabt würden.

Danziger Wahlkampf

Danzig. Der Wahlkampf zu den am 13. November stattfindenden Neuwahlen zum Danziger Volkstag ist in vollem Gange. Am Montag kam es in einer Versammlung der neugegründeten Mittelstandspartei, die von dem ehemaligen völkischen Abgeordneten Lehmann einberufen worden war, zu erregten Tumultszenen. Die Mittelstandspartei hat offenbar starke Gegner bei den Nationalsozialisten. Es ging wenigstens von dieser Seite der Versuch aus, die Versammlung zu sprengen. Unter Führung des nationalsozialistischen Abgeordneten Hohnfeldt begab sich ein Trupp von Nationalsozialisten in den Versammlungsraum, wo er ein Bombardement mit Steinen eröffnete. Einer der Nationalsozialisten schüttete eine Flasche Salzsäure in den Versammlungsraum. Es wurden insgesamt sechs Personen verletzt. Das Ueberfallkommando der Schutzpolizei stellte die Ordnung wieder her und verhaftete vier Personen, darunter auch den nationalsozialistischen Volkstagsabgeordneten Hohnfeld.

Wieder ein deutscher Führer in Südtirol gemaßregelt

Innsbruck. Wie die „Innsbrucker Nachrichten" melden, hat die Königlich Italienische Kommission in Bozen, die die Funktionen der aufgelösten Advokatenkammer übernommen hat, den deutschen Rechtsanwalt Dr. Reut-Nicolussi aus der Liste der Rechtsanwälte gestrichen. Gleichzeitig wurde die Sperre der Rechtsanwaltskanzlei veranlaßt.

Dr. Reut-Nicolussi ist einer der wenigen noch aufrechten Führer des Südtiroler Deutschtums. Der Faschismus bedrohte ihn schon lange mit Vernichtung seiner bürgerlichen Existenz, um ihn mundtot zu machen. Von einer milderen Behandlung Südtirols ist in dieser harten Verfolgungsmaßnahme so wenig etwas zu merken wie in der neuerlichen Verhaftung des Lehrers Riedl.

Die Berliner kommunistischen Kundgebungen verboten

Berlin. Die kommunistische Partei Deutschlands, der Rote Frontkämpferbund und verwandte Organisationen hatten für den 2. Oktober, dem Tage des Geburtstages des Reichspräsidenten, gegen die Kundgebungen zu Ehren des Präsidenten, zu einer Gegendemonstration im Lustgarten aufgerufen. Der Berliner Polizeipräsident hat unter Hinweis darauf, daß der Charakter der kommunistischen Demonstrationen ganz offensichtlich gegen die zu gleicher Zeit stattfindenden und längst vorher geplanten Kundgebungen gerichtet sei und daß infolgedessen bei den An- und Abmärschen Zusammenstöße zu befürchten seien, auf Grund des Artikels 123, Absatz 2 der Reichsverfassung die kommunistischen Demonstrationen verboten.

In einer an die „Rote Fahne" auf Grund des § 11 des Pressegesetzes gerichteten Berichtigungsschrift erklärt der Polizeipräsident die Behauptungen des Blattes als unwahr, das er angeblich in einer Konferenz mit Pressevertretern gebeten habe, die kommunistischen Demonstrationsabsichten zu verschweigen und daß er angekündigt habe, daß ein Verbot der Demonstrationen spät erfolgen werde, um eine Gegenaktion zu erschweren.

Bürgermeister Walker über Deutschland

Neuyork. Nach der Rückkehr von seiner Europareise rühmte Bürgermeister Walker ganz besonders Deutschland, wo ihm überall ein liebenswürdiger Empfang bereitet worden sei. Ueberall seien ihm die Menschen in der freundlichsten Weise entgegengekommen. Er bewundere die Gründlichkeit und Ordnung der deutschen städtischen Verwaltung und bedauere, daß er sie nicht eingehender habe studieren können. Gern wäre er länger in Deutschland geblieben. Berlin und München hätten ihm am besten gefallen. Ein besonderes Lob spendete der Bürgermeister dem deutschen Heer.

Ben Turner Vorsitzender des Generalrates der englischen Gewerkschaften

London. Der Vorsitzende der Textilarbeiter, Ben Turner, ist Mittwoch zum Vorsitzenden des Generalrates der englischen Gewerkschaften und zum Präsidenten des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses gewählt worden. Die Wahl Turners ist bemerkenswert, da er auf dem Edinburger Kongreß einer der stärksten Vertreter des industriellen Friedens war und erklärt hatte, daß seiner Ansicht nach alle Schwierigkeiten nur durch Verhandlungen mit der Gegenseite behoben werden könnten.

Der amerikanisch-französische Zollkrieg

Berlin. Die Morgenblätter geben eine Meldung der „Associated Preß" wieder, wonach die amerikanische Regierung sich auf einen ernsthaften Zollkrieg gegen Frankreich vorbereite. Die amerikanische Zolltarifkommission habe im Weißen Hause gestern ein Memorandum vorgelegt, in dem die französischen Zollkriminationen der letzten 40 Jahre aufgezählt sind. Ferner soll das Memorandum Untersuchungen darüber enthalten, ob die Erhebung eines 50prozentigen Zuschlagzolls auf Seide, Parfüm und Textilien französischer Herkunft die amerikanische Geschäftslage ungünstig beeinflussen würde.

Die Ereignisse in Mazedonien

London. Nach Meldungen aus Sofia hatte der südslawische Gesandte eine Unterredung mit dem bulgarischen Premierminister, die sich auf die jüngsten revolutionären Ereignisse in Mazedonien bezog. Er erhob jedoch keinerlei offiziellen Protest und begründete dies damit, daß die südslawische Regierung wohl einsehe, daß die bulgarische Regierung in keiner Weise für diese Vorkommnisse verantwortlich gemacht werden könne. Beide stimmten darin überein, daß es für die beiden Regierungen notwendig sei, gemeinsame Schritte zu ergreifen, um solche Zwischenfälle unmöglich zu machen.

Diese Meldung steht, mindestens nach ihrer Richtung, in einem gewissen Widerspruch zu den von Belgrader Blättern verbreiteten Meldungen. Wenn sie zutrifft, so würde sich in der Haltung der südslawischen Regierung eine bemerkenswerte Wendung zur Versöhnlichkeit offenbaren, die den beiderseitigen Einigungsbestrebungen sehr zugute kommen dürfte.

Die Bande des Schreckens

The Terrible People

von Edgar Wallace

59)

„Ich denke nicht, daß Sie um fünf Uhr morgens hierherkommen, um sich ein Zimmer fürs nächste Jahr vormerken zu lassen", erwiderte er trocken. „Ich erwarte im Gegenteil eine ziemlich unangenehme Unterhaltung, und da ich einen gewissen Stolz habe, möchte ich, daß diese Unterhaltung mehr oder weniger privat stattfindet."

Der Fahrstuhl war nicht in Betrieb, und sie stiegen zum zweiten Stockwerk empor. Cravel trat zur Seite, um den beiden Detektiven den Vortritt in das bekannte Wohnzimmer zu gestatten.

Ein Holzfeuer brannte im Kamin, der Wetter nahm seinen Ueberzieher ab. Er sah Rouch nachdenklich an.

„Ich glaube, es wäre besser, wenn Sie unten bleiben, Wachtmeister", äußerte Long.

Der gehorsame Rouch verließ das Zimmer.

„Ich bedaure, daß ich nur wenig Dienstboten habe", sagte Cravel. „Während der Winterszeit behalte ich aber nur die allernotwendigsten hier. Sollten Sie jedoch irgendetwas während Ihres Aufenthaltes hier wünschen, so werde ich mich freuen, es zu besorgen."

Anscheinend hatte Cravel bereits seine Absicht, den Treppenaufgang zu verlegen, in die Tat umgesetzt, denn als der Wetter am Hotel vorfuhr, bemerkte er die Umbauarbeiten. Eine neue Wand war schon errichtet worden, und an der allgemeinen Unordnung im Salon konnte man sehen, daß die Maurer bereits ihre Verwandlungsarbeit begonnen hatten.

„Nun, Cravel, ich möchte einige Aufklärungen von Ihnen haben, und warne Sie, da Ihr Maß beinahe voll ist. — Wo ist Miß Sanders?"

Cravel lächelte.

„Warum bilden Sie sich ein, daß ich es weiß?" fragte er. „Ich bin fast eine ganze Woche lang hier gewesen und habe Heartsease nicht verlassen. Das letzte darüber hörte ich von Miß Revelstoke, die mir erzählte, daß Nora Sanders von jemand Unbekannten entführt worden und daß sie sehr heldenmütig vom König aller Detektive, dem Wetter Long, gerettet worden wäre."

„Sie ist gestern aus einer Privatklinik entführt worden", berichtete der Wetter. „Ihr Freund, der Professor, ist verantwortlich..."

„Mein Freund, der Professor? Wer ist das, mein Freund, der Professor?"

„Ich will mich nicht mit Ihnen streiten. Ich werde Nora Sanders finden, und Sie werden mir sagen, wo sie ist."

Sie standen einander gegenüber, und in den Augen des Wetter Long war ein Funkeln, das Cravel schon einmal gesehen hatte. Und doch schrak er nicht davor zurück, sondern seine harten Lippen lächelten.

„Vielleicht sind Sie etwas aufgeregt, Mr. Long", sagte er ruhig, „und solange Sie sich nicht beruhigt haben, glaube ich, daß es zwecklos ist, mit Ihnen zu sprechen, zumal weil die einzige Aufklärung, die ich Ihnen geben kann, Sie wahrscheinlich sehr aufregen wird"

„Ist das so?" fragte der Wetter ruhig. „Welcher Art Aufregung ist es?"

Cravel ging zum Kamin, stellte sich mit dem Rücken zum Feuer und kreuzte seine Arme.

„Es hat sich etwas sehr Unglückseliges zugetragen", sagte er langsam, „ich will Ihnen eingestehen, daß ich etwas, aber nur sehr wenig über die Sache weiß. Miß Sanders ist sozusagen eine Freundin von mir — vielleicht haben Sie das nicht gewußt —, aber ich erhielt eine Anzahl Briefe von ihr, und sie hat mich mit ihrem Vertrauen beehrt. Es scheint, daß sie sich durch die ausgesprochenen Aufmerksamkeiten, die Sie ihr entgegengebracht haben, sehr belästigt fühlte."

Der Wetter nickte. Der Mann, um Zeit zu gewinnen. Also verfolgte seine Rede einen Zweck.

„Es ist nur selbstverständlich, daß Sie nicht annahmen, Ihre Aufmerksamkeiten würden irgendeine Frau belästigen. Das steht nur mit der menschlichen Eitelkeit im Einklang."

„Ihre Redeweise ähnelt mehr und mehr derjenigen Clay Sheltons", unterbrach ihn der Wetter. „Diese Art Philosophie und halbverdaute Logik war seine Spezialität."

Für einen Augenblick nur stieg eine Röte in das Gesicht des Mannes, seine Augen funkelten, und der Wetter konnte seine schweren Atemzüge hören. Dann fuhr er wieder in ruhigem Tone fort:

„Mich geht die Philosophie Clay Sheltons, wer er auch sein mag, nichts an. Ich sprach nur die Meinung aus, daß Sie nicht annehmen konnten, Ihre Aufmerksamkeiten wären jemand unangenehm. Miß Sanders wollte Ihre Gefühle nicht verletzen. Ihre Aufmerksamkeiten wurden jedoch so aufdringlich daß sie einen meiner Freunde bat, sie aus Ihrer unliebsamen Bewachung zu befreien. Ich kenne nicht die genauen Einzelheiten, aber soviel ich weiß, ist es meinem Freund gestern abend gelungen, sie zu retten. Unglücklicherweise..."

Er hielt inne, und der Wetter wartete, seine Augen auf das Gesicht des Mannes gerichtet.

„Unglücklicherweise war das Erlebnis vor einigen Tagen so schwer für Nora, daß sie auf dem Wege nach Heartsease..."

„Ist sie hier?" fragte der Wetter schnell.

Mr. Cravel nickte.

„Auf dem Wege nach Heartsease brach sie zusammen, und trotz aller Hilfe, die ihr der Arzt in der Stadt leistete, starb sie."

„Tot?" Die Augen des Wetter Long waren halb geschlossen. „Sie sind ein Lügner, Cravel! Sie versuchen mich zu erregen. Versuchen Sie es nochmals! Und wenn sie tot ist ..." der Revolver in seiner Hand zitterte auch nicht im geringsten —, „wenn sie tot ist, werde ich mein Versprechen erfüllen, und nichts wird Sie retten können."

Wieder zuckte der Mann die Achseln.

„Es ist eine bedauernswerte Tatsache", sagte er. „Ich dachte Sie wüßten es, denn meine Schwester ist gewöhnlich nicht so zurückhaltend."

„Wußte sie es?" fragte der Wetter leise.

Cravel nickte.

„Wo ist Nora Sanders?"

Zu seinem Erstaunen zeigte der Mann mit der Hand auf die Tür, die nach dem Zimmer führte, in dem Monkford der Tod ereilt hatte.

„Wir haben sie hierher gebracht", meinte er. „Ihr Freund der Professor, ist bei ihr. Sie sind doch ein tüchtiger Kerl!" fuhr er scherzhaft fort. „Ausgerechnet nach diesem Orte zu kommen Sie müssen den Instinkt eines Liebhabers besitzen!"

„Marsch!" befahl der Wetter kurz. Sein Revolver war auf den Mann gerichtet, während seine andere Hand auf die Tür zeigte. „Wir wollen sehen, wie weit Ihr Scherz geht," sagte er, „und ich befürchte, der Scherz wird ein trauriges Ende für Sie nehmen, mein Freund."

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Wenig schmeichelhaft

Der Krakauer „Il. Kurjer Codzienny“ bringt in seiner Sonntagnummer Auszüge aus einem von einem Franzosen, namens Jean Renaud, herausgegebenen Buch unter dem Titel „d'Homme an Coup“ (Der Mensch ein Wolf). Die für Polen wenig schmeichelhaften Ausführungen, die auch wir verurteilen, bringen das genannte Krakauer Blatt geradezu außer Rand und Band.

Hören wir nun, was Renaud über die Polen als Volk sagt. „Die Polen“, schreibt Renaud, „das sind ein Volk von Intriganten, legendar, umstürzlerisch und falsch. Jeder Pole ist ein Industrieritter oder blauer Vogel, der um falsche Titel und Wappen buhlt und der sich mit fiktiven Reichtümern, Palästen und Landgütern brüstet. Das ist ein Volk von Faulenzern und Unbeholfenen, mit Vogelgehirnen und mongolischen Charakteren. Die Polen können ihrem Vaterlande lediglich ein Liedchen zum Opfer bringen, denn zu jeglicher Tat sind sie nicht fähig.“

Dies über das Volk als solches. Ueber die polnischen Offiziere läßt sich Renaud ungefähr wie folgt aus: „Die polnischen Offiziere betrinken sich bis zur Unsinnlichkeit und, die Mütze auf den Hinterkopf gedrückt, treiben sie sich in betrunkenem Zustande in Droschken auf den Straßen umher, ungeziemte Lieder singend“.

Ueber die polnischen Frauen schreibt der Verfasser des Buches wie folgt: „Die polnischen Frauen, das sind Geschöpfe von ungeheurer Einbildungskraft, bereit, sich erstwem zu verkaufen oder abzugeben. Ihre Seele ist vergiftet von Hysterie, Lüge und Verrat. Die Warschauer Schönheiten, das sind Weiber mit lüsternen Büsten und provozierenden Bewegungen, deren einzige Beschäftigung es ist, zu gefallen, zu verführen und herumzuspazieren. Sie verstehen weder zu arbeiten noch zu sparen. Sie sind dumm und eitel; ihr Lieblingslied ist das Lied vom ehelichen Dreieck: „Er, sie und der Dritte...“ Trotz des Schwurs verraten sie ihre Männer fürs Geld oder aber aus Wollust.“

Nicht mit Unrecht weist der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ die Anrempelungen des französischen Verfassers zurück. Doch gebraucht das Blatt dabei wenig parlamentarische Ausdrücke, die wir hier nicht ganz wiederholen wollen. So wird Renaud ein Schurke, Lump und pathologisch verirrtes Individuum genannt, den jeder Pole bei einer Begegnung ohrfeigen müßte, damit es ihm ein für allemal vergehen würde, die Ehre eines Volkes anzutasten, unter welchem er höchstens als Zuhälter oder Beutelschneider zu gebrauchen wäre.

Bereits vor kurzer Zeit hat ebenfalls ein Franzose, namens O'Etschegoyen, ein Buch unter Titel „Pologne, Pologne“ herausgegeben, daß das polnische Volk in ähnlicher Weise schildert. Es scheint somit mit der so viel gepriesenen französischen Freundschaft nicht weit her zu sein.

Der Schlesische Sejm beginnt zu arbeiten

Nach einer gestern dem Sejmmarschall Wolny zugegangenen Mitteilung des Staatspräsidenten wird eine ordentliche Session des Schlesischen Sejms ab 30. September einberufen.

Sejmmarschall Wolny hat infolgedessen die einzelnen Kommissionsvorsitzenden dementsprechend verständigt.

Der Seniorenkonvent des Schlesischen Sejms hat die erste Plenarsitzung in der neuen Session für den 30. September bestimmt. Zur Beratung gelangt in dritter Lesung die Privatangestelltenversicherung.

Zur zeitweisen Sperrung der Arbeitslosenunterstützung

Von einem Arbeitslosen wird uns geschrieben:

Wie es allgemein schon bekannt ist, soll im Arbeitsministerium eine Verordnung in Bearbeitung sein, wonach eine zeitweise Sperrung der Unterstützung für Ledige und Verheiratete ohne Kind vorgenommen werden soll, weil absichtlich eine Arbeitsaufnahme der betreffenden abgelehnt wird. Wenn man heutzutage gerade bei uns in der Wojewodschaft Schlesien über die Lage der Arbeitslosen gut informiert ist, welche alle Mittel und Wege unversucht lassen, ob jung oder alt, um nur so bald wie möglich Arbeit zu erhalten, so muß man sich wundern, daß man es wirklich noch zu einer Verordnung kommen lassen will. Wir haben tagtäglich hunderte von Fällen bei uns, wo Arbeitslose bei den Gruben- und Werksverwaltungen vorsprechen, um nur so bald wie möglich Arbeit zu erhalten. Bittgesuche, eins nach dem andern, werden geschrieben, weil die Verwaltungen mündliche Anträge wegen Arbeit ablehnen. Betriebsbüros sind überfüllt mit Anfragen nach Arbeit, davon können die Betriebsräte das beste Zeugnis abgeben. Finden sich wirklich einige freie Arbeitsstellen auf der Grube oder Hütte, so hat die Verwaltung freie Auswahl, weil ja immer hunderte von Bittgesuchen oder Vornotierungen vorliegen. Heute ist es eine Seltenheit, daß Arbeitsnachweise Arbeitslose zwecks Anlegung für Gruben oder Hütten und Fabriken vermitteln, weil die Arbeitgeber dies allein machen; höchstens für Arbeiten bei Unternehmern auf einige Tage oder Wochen, dazu noch bei ganz geringen Löhnen. Auch die Unternehmer. mitsamt der Schwerindustrie können sich hier in der Wojewodschaft Schlesien nicht beklagen, daß absichtlich von den Arbeitslosen, ob jung oder alt, eine Arbeitsaufnahme verweigert wird. So mancher, welcher keine Hoffnung mehr auf Arbeit hat, ist gezwungen, in Deutsch-Oberschlesien um Arbeit zu bitten oder nach Frankreich auszuwandern. Junge Leute, welche militärpflichtig sind, kommen dabei nicht in Betracht und müssen weiter geduldig hier um Arbeit bitten. Dessenungeachtet plant man so eine sonderbare Maßnahme gegen die Arbeitslosen, ohne Rücksicht darauf, ob man die hiesigen Verhältnisse in Warschau kennt. Durch die zeitweise Einstellung der Unterstützung würde man das Gegenteil erreichen und Diebstählen nebst Verbrechen Türen und Tore öffnen.

Ein neues Elektrizitätswerk

Der Wojewodschaftsrat erteilte der Firma Brown-Boverie die Konzession für den Bau eines Elektrizitätswerkes in Ober-Lazisk, das eine Stromstärke von 60 000 Volt erzeugen und damit das größte Elektrizitätswerk Oberschlesiens werden soll. Dem neuen Werk soll später auch das Stickstoffwerk in Chorzow angeschlossen werden, um sich von der OEW. unabhängig zu machen. Das Unternehmen soll durch schweizer Banken mit einem Kapital von 12 Millionen Schweizer Franken finanziert werden.

Das Genfer Schulkompromiß — ein Irrtum!

Vor kurzem veröffentlichte die polnische Presse das Ergebnis der von dem Schweizer Schulsachverständigen Maurer seit dem 1. September vorgenommenen Schulprüfungen. Nach dieser hat Herr Maurer in den letzten vier Wochen 234 Schulprüfungen abgehalten, von denen 93 Schüler für die deutsche und 141 Schüler für die polnische Schule für geeignet erklärt wurden. Mit diesen Prüfungen ist die Nachprüfung des Jahrganges 1926 beendet. Vor den polnischen Schulferien hat Maurer 425 Kinder geprüft, von denen 170 der deutschen und 255 der polnischen Schule überwiesen wurden. Insgesamt hat also die Schulabteilung der Kattowitzer Wojewodschaft dem vom Völkerbundsrat ernannten Sachverständigen von den im Schulstreik befindlichen 1500 Kindern 659 zur Prüfung vorgeführt, während die übrigen ungeprüft geblieben sind und nun in die deutsche Schule gesandt wurden.

Das Ergebnis der Nachprüfungen des Jahrganges 1926 auf seine Sprachzugehörigkeit zur deutschen Minderheit ist das, daß noch nicht 25 v. H. der zur deutschen Minderheitsschule angemeldeten Kinder als nicht für den deutschen Unterricht geeignet befunden wurden (wobei noch zu berücksichtigen bleibt, daß es dem Schweizer Schulsachverständigen zwar möglich ist, festzustellen, daß ein oberschlesisches Kind schlecht deutsch spricht, daß er aber nicht beurteilen kann, ob es wirklich der polnischen Sprache mächtig ist). Die zweifelhaften Fälle des Jahrganges 1927, deren Zahl sich auf etwa 700 beläuft, sollen in den nächsten Tagen geprüft werden.

Es wird von allen Seiten anerkannt, daß der Luzerner Schulrat sich redlich bemüht, sich in die völlig fremden Verhältnisse einzufühlen. Wenn ihm das nicht in allen Fällen geglückt ist, so ist das sicherlich weniger seine Schuld als eine Folge des Genfer Kompromisses über die Schulfrage. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß zahlreiche Eltern die auf Grund der Schulprüfungen von dem Präsidenten der Gemischten Kommission getroffene Entscheidung über den Schulbesuch ihrer Kinder durchaus nicht anzunehmen gewillt sind. Bereits vor 14 Tagen haben offiziell die Eltern von 45 Kindern, die nicht der deutschen Schule überwiesen wurden, gegen diese Entscheidung Protest eingelegt, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der widersprechenden Eltern sich noch erheblich vermehren wird. Damit wird die Gemischte Kommission vor eine schwierige Aufgabe gestellt, und auch das Deutsche Reich, für das Außenminister Dr. Stresemann im Völkerbundsrat das Schulkompromiß annahm, wird sich genötigt sehen, sich nochmals mit der Schulfrage zu befassen.

Vertreter der Minderheit Ostoberschlesiens haben bereits den Gedanken erwogen, das gesamte Genfer Kompromiß wegen Irrtums anzufechten.

Aus der Bielitzer Tuchindustrie

Bielitz versorgt ganz Polen mit Tuchstoffen. Zwar besteht in dem ehemaligen Kongreßpolen, und zwar in Tomaschow, auch eine Tuchfabrik, doch kann sich die dortige Produktion mit der Bielitzer nicht einmal messen. Leider haben die Bielitzer Tuchfabrikanten die Tuchstoffe im Preise wiederum um 10 Prozent erhöht. Dadurch wird der Herrenanzug bei uns immer teurer. Die Tuchfabrikanten wollten wahrscheinlich die sehr günstige Konjunktur ausnützen und haben die Preise erhöht. Wegen dem Zollkrieg mit Deutschland brauchen sie bei uns die deutsche Konkurrenz nicht fürchten und daher schrauben sie die Tuchpreise immer mehr in die Höhe.

Die Bielitzer Tuchindustrie scheint die wirtschaftliche Krise ganz gut überstanden zu haben. Das kann man am besten an dem Rückgang der Arbeitslosigkeit beurteilen. In den letzten paar Monaten ist in Bielitz die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 2000 zurückgegangen. In der Tuchindustrie gibt es überhaupt keine Arbeitslosigkeit mehr, im Gegenteil, es macht sich ein Mangel an qualifizierten Tuchwebern bemerkbar. Die Kammgarn- und Modewerkstellen, die noch im vorigen Jahre wenig beschäftigt waren, sind voll beschäftigt. Vor dem Kriege waren in Bielitz-Biala 3400 mechanische Webstühle mit annähernd 100 000 glattschnellen und 25 000 Kammgarnspindeln im Betrieb. Im August dieses Jahres waren 2876 mechanische Webstühle mit 107 971 glattschnellen Spindeln im Betrieb. Die Zahl der Kammgarnspindeln hat die Vorkriegszahl bereits überschritten. Die Tuchfabrikanten behaupten, daß bereits 90 Prozent der Vorkriegsproduktion erreicht wurde, während im vorigen Jahre um dieselbe Zeit nur gegen 60 Prozent der Vorkriegsproduktion erreicht wurde. Vor dem Kriege beschäftigten alle Bielitzer Tuchfabriken insgesamt 14 000 Arbeiter, Gegenwärtig sind es 12 000 Arbeiter oder um 2000 weniger als vor dem Kriege.

Bis zum 1. August 1927 haben die Bielitzer Tuchfabriken 154 726 Kilogramm wollene und 38 438 halbwollene Stoffe ausgeführt. Im vorigen Jahre wurde das ganze Jahr hindurch nicht soviel ausgeführt, wie in den 7 Monaten des laufenden Jahres. Die Fabrikanten hoffen, daß es ihnen gelingt, bis zum Jahresschluß volle 300 000 Kilogramm Stoffe nach dem Auslande auszuführen. Sie sind mit Bestellungen derart überhäuft, daß sie den Inlandskonsum ganz vernachlässigt haben und sind nicht mehr in der Lage, alle Auslandsbestellungen auszuführen. Der Export geht vor allem nach dem Balkan, dem ehemaligen Oesterreich, Nord-Afrika, Schweden, Norwegen und Dänemark. Die billigen halbwollenen Stoffe werden mit Vorliebe von Rumänien, Oesterreich, Italien, Japan, Persien und Indien gekauft. Die Tuchfabriken haben bereits ihre Reisenden mit Sommerkollektionen für das nächste Jahr ins Ausland geschickt.

Das Geschäft in Bielitz geht also glänzend. Eine Bestellung jagt die andere. Daß bei einer solchen Konjunktur die Preise erhöht werden, ist selbstverständlich. Auch bei uns in der Schwerindustrie ist das Geschäft trotz dem Gejammer der „Polonia“ gut. Die Kapitalisten haben ihre Vorkriegsgewinne nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten. Nur die Arbeiter müssen weiter hungern und darben.

Der Kustosprozeß

Am Dienstag, dem zweiten Verhandlungstag gegen Redakteur Kustos, gelangten weitere sechs Prozesse zur Verhandlung, während drei vertagt werden mußten. In zwei Fällen wurden die Gefängnisstrafen von je einem Monat auf je 300 Zloty umgewandelt. Hierbei ging es um die Artikel: „Panie Wojewoda, to na to płaci się podatki?“ und „Pod adresem Komisji Kontroli M. K. Z. w Direkcji Kolej w Katowicach“. In dem ersten Artikel wurde die Behauptung erhoben, daß durch den Wojewoden angeblich ein spezieller Fonds für die Kriminalpolizei eingerichtet worden sei, und zwar im Zusammenhang mit besonderen Maßnahmen gegen Kustos noch vor den Kommunalwahlen. Der zweite Artikel richtete sich gegen den Eisenbahnassistenten Josef B., welchem Bestechlichkeit, Schikane gegenüber dem Publikum und Eisenbahnern vorgeworfen wurde. — In der Beleidigungsklage betreffend den Magistratsrat Dr. Przybyla wurde die dreiwöchentliche Gefängnisstrafe auf 100 Zloty umgewandelt. — In zwei Fällen erfolgte Freisprechung, während in der ersten Instanz kleinere Geldstrafen verhängt wurden. — In einem weiteren Falle wurde die Geldstrafe von 200 auf 50 Zloty ermäßigt. Hierbei handelte es sich um Beleidigung eines Schulvisitators durch Vorwürfe verschiedener Art.

Kattowitz und Umgebung

Kostenlose Winterkartoffeln für Arbeitslose usw.

Um der ärmsten Bevölkerung auch in diesem Jahre in ihrer Notlage zu Hilfe zu kommn, geht der Magistrat Kattowitz entsprechend den Anweisungen der Wojewodschaft an die Zuteilung von kostenlosen Winterkartoffeln heran. In Frage kommen Personen, welche infolge Arbeitslosigkeit, sowie Arbeitsunfähigkeit und Armut nicht in der Lage sind, sich aus eigenen Mitteln mit Winterkartoffeln einzudecken. Als tatsächlich Bedürftige gelten die bei den kommunalen Arbeitsvermittlungsämtern registrierten Erwerbslosen, die eine Unterstützung beziehen, ferner Sozialrentner, denen eine Alters- bezw. Invaliditätsrente gewährt wird und nachweisbar als nicht arbeitsfähig gelten, alsdann alle Ortsarmen und schließlich diejenigen Personen, welche der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge anheimfallen.

Eine Zuweisung von Winterkartoffeln erfolgt nicht: 1. an ledige Personen, deren durchschnittliches Monatseinkommen 75 Zloty übersteigt; 2. an Familien von 1 bis 2 Personen bei einem durchschnittlichen Einkommen von mehr als 100 Zloty monatlich; 3. Familien von 3 bis 5 Personen, sofern das monatliche Durchschnittseinkommen 150 Zloty übersteigt; 4. Familien mit 6 und mehr Personen, bei einem monatlichen Durchschnittseinkommen von mehr als 180 Zl.

Die Anmeldung der für die Kartoffelzuweisung in Frage kommenden und nachstehend näher bezeichneten Personen hat in der Zeit vom 3. bis einschließlich 21. Oktober täglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im Rathaus Zalenze (Ortsteil 3), Zimmer 1 und 4, an nachfolgenden Terminen zu erfolgen:

Arbeitslose mit den Buchstaben A bis G am Montag, den 3. Oktober; H bis Kc Dienstag, den 4. Oktober; Kd bis L am Mittwoch, den 5. Oktober; M bis Pi am Donnerstag, den 6. Oktober; Pk bis Sz am Freitag, den 7. Oktober; T bis Z Sonnabend, den 8. Oktober.

Sozialrentner, erhaltend Alters- bezw. Invaliditätsrente und zwar die Buchstaben A bis D am Montag, den 10. Oktober; E bis J Dienstag, den 11. Oktober; K am Mittwoch, den 12. Oktober; L bis N am Donnerstag, den 13. Oktober; O bis P Freitag, den 14. Oktober; R bis St Sonnabend, den 15. Oktober; Sz bis W Montag, den 17. Oktober; Z am Dienstag, den 18. Oktober.

Kriegsinvaliden usw. sowie Krieger-Witwen, Waisen und Hinterbliebene mit den Buchstaben A bis J am Mittwoch, den 19. Oktober; K bis R am Donnerstag, den 20. Oktober; Sz bis Z Freitag, den 21. Oktober d. Js.

Zwecks Legitimierung sind bei der Anmeldung Personalausweise vorzulegen. Als Ausweis genügt unter anderem eine Aufenthaltsbescheinigung.

Dieser Anmeldepflicht im Rathaus Zalenze unterliegen nicht die Ortsarmen sowie alle anderen für die Kartoffelzuweisung in Frage kommenden Personen, welche im Stadtteil 4 (Ligota Pszczynska) wohnhaft sind.

Deutsche Theatergemeinde Kattowitz. Am Montag, den 3. Oktober abends ½8 Uhr, findet als 1. Konzert im Abonnement ein Violinkonzert von Erika Morini der größten Geigerin der Welt statt. Unbeschreiblich ist der Jubel, wo überall dieses Wunder Morini, die selbst ihr Lehrer Busch als das Geigenphänomen von heut bezeichnet, spielt. Sie ist ein Geigengenie, wie es unter den weiblichen Geigern noch nicht existiert hat. Die unerhörteste Technik mit allen ihren Teufelskünsten paart sich bei ihr mit einem Feuer und einer Wildheit der Leidenschaft, mit der männlichen Kraft des Ausdrucks und mit der herrlichsten Kantilene. Mag niemand diesen einen unwiderbringlichen Abend versäumen. Kartenbestellungen werden im Geschäftszimmer der Deutschen Theatergemeinde (Telefon 1647) entgegengenommen. Der Vorverkauf hat bereits an der Theaterkasse begonnen.

Konzertabonnement. Wir weisen nochmals darauf hin, daß Zeichnungen für das Konzert-Abonnement bis Freitag, den 30. ds. Mts. täglich von 10—1½ und 3—5 Uhr in unserem Geschäftszimmer, Johannesstraße 10, 2. Etage Zimmer 14, entgegengenommen werden. Wir bitten mit Rücksicht auf das Konzert Morini, das erste im Abonnement, die Zeichnung baldmöglicht vorzunehmen.

Anmeldungen für Verkehrskarten. Die Polizeidirektion Kattowitz gibt bekannt, daß Anträge auf Ausstellung von Verkehrskarten für 1928 bei der Direktion, Zimmer 37, abzugeben sind. Dem Antrage muß eine Beglaubigung des Lichtbildes vom zuständigen Kommissariat beigefügt sein, daß das Lichtbild den Antragsteller darstellt, ferner ist eine Bescheinigung beizubringen über den Wohnungsaufenthalt seit 1. Januar 1921. Die Aus-

stellung der Karte kostet 2 Zloty. Jeder Antragsteller muß die durch amtliche Papiere ausweisen können, die in den Jahren 1885 bis 1909 Geborenen haben auch Militärpapiere vorzulegen. Die Anträge sind in nachstehender Reihenfolge vorzulegen: Namen mit Anfangsbuchstaben A bis F in der Zeit vom 4.—12. Oktober 1927, G und H 17.—26. Oktober, J, K 31 Oktober 10. November, L, M 14. bis 23. November, N bis R 28. November bis 7. Dezember, S 12 bis 17. Dezember, T bis Z 20. bis 31. Dezember 1927. Mit dem 31. Dezember verlieren die alten Verkehrskarten ihre Gültigkeit. Die fertigen Karten werden in den zuständigen Kommissariaten gegen Quittung und Rückgabe der alten Karten ausgefolgt. Sofern neue Karten vor dem 1. Januar ausgegeben sind, können diese auch im alten Jahre benützt werden.

Rechtsbüro der Selbsthilfe-Vereinigung der Arbeitslosen. In dem Büro der Selbsthilfe-Vereinigung welches sich auf der ulica Powstancow (Bernhardstraße) 3, in Kattowitz Parterre links befindet, werden außer Anträgen aller Art und zwar Ausarbeitung von Rentenangelegenheiten und anderer gesetzlicher Ansprüche, Einreichung von Klagen und Berufungen, neuerdings auch Gesuch, zwecks Erlangung der Verkehrskarten für das Jahr 1928 gegen eine kleine Gebühr schnellstens angefertigt. Das Publikum wird gebeten, im Interesse der Erwerbslosen von der sich bietenden Gelegenheit ausgiebig Gebrauch zu machen.

Neudorf. Als am Dienstag nachmittag der Kassierer des Bergarbeiterverbandes P. Wrobel auf seinem Rade von der Arbeit nach seiner Wohnung kam, wurde er im Flur seines Hauses von den in demselben Hause wohnenden Tendera's Vater und Sohn angefallen und von dem jungen Tendera dabei in den Unterleib gehackt, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Dieser Bengel ist schon vorbestraft und macht sich vor einer Verurteilung gar nichts. Der Vater drohte den Einwohnern mit Erschießen und beschimpfte die Frauen mit Worten die man hier nicht wiedergeben kann. Um Ruhe im Hause einzuführen, mußte die Polizei herbeigeholt werden, welche den Sachverhalt aufgenommen hatte. Für solche Ruhestörer, die einen ruhigen Mann ohne Grund überfallen und ihn mißhandeln und andere Miteinwohner in grober Weise belästigen, wäre eine erhebliche Strafe am Platze.

Königshütte und Umgebung

Sie nehmen Abschied!

Jetzt ziehen sie wieder von uns, die lieben gefiederten Freunde. Auf keiner warmen Septembersonne, auch nicht auf letzter Blütenpracht, auf noch frischgrüner Pflanzen Grüßen und reagieren sie. Sie wissen es, daß ihre Stunde unanbänderlich gekommen ist. Und darum halten sie ihre Reiseversammlungen ab. Zu Hunderten und Tausenden schwirren übende, „exerzierende" Schwärme durch die Lüfte. In Mengen ruhen sie aus auf Telegraphendrähten oder in hohen Baumkronen.

Wehmütig ist es für viele Menschen, zu sehen, wie die Vogelwelt uns im Herbst verläßt. Und wenn es auch kein Abschied für immer ist, und wenn wir wissen, daß der, der im nächsten Frühling lebt, auch die gefiederten Reisenden wieder sehen wird, so stimmt uns der Abschied schon deshalb traurig, weil es zugleich der Abschied vom Sommer ist. So führt uns der Vogelflug jahrein, jahraus des Daseins Wandlung und Regelmäßigkeit vor Augen. Und während wir Mitteleuropäer den nach Süden Ziehenden fast trauernd nachschauen, rüsten sich droben im hohen Norden polarene Sommervögel zum Südflug nach Nord- und Mitteleuropa. Auch ihnen wird es da droben im beendeten Polarsommer zu kalt, und manche Möwe zum Beispiel tummelt sich im Winter lieber auf den Binnengewässern, den Flüssen und Seen der norddeutschen Tiefebene, als über den Fluten und Eismassen des Polarmeeres.

Nichts anderes als ein Stück Kampf ums Dasein, als ein Teil der großen Existenzbewegung aller Lebewesen ist der Vogelflug. Nur den einen Unterschied beachten wir Menschen: während die Vogelwelt mit Leichtigkeit, in wohlgeordneter Naturorganisation sommerliche wie winterliche Existenzmöglichkeit findet müssen wir Menschen größtenteils ums Dasein nicht nur schwer arbeiten sondern vielfach auch nach jenseits des „großen Teiches" neue Daseinsgrundlagen suchen, dann ist es für uns dort nicht so einfach, wie für unser heimisches Vogelvolk im Süden. So haben wir gewissermaßen ein Recht, die Zugvögel nicht nur bedauernd zu vermissen, sondern obendrein sie ein wenig zu — — — beneiden. Was aber ihnen recht ist, das dürfte, auch dem viel höher entwickelten Menschen billig sein. Der Mensch hat ein Recht auf Existenz, ein Recht auf Lebensvollkommenheit und Daseinsfreude. Und wem dies verwehrt wird, der hat das Recht und die Pflicht, darum zu kämpfen.

Bestätigt. Der verantwortliche Redakteur des „Oberschlesischen Kurier" wurde wegen wegen Veröffentlichung eines Artikels, der den Ueberfall auf die deutschen Gemeindevertreter in Chorzow schilderte, zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Urteil ist jetzt bei der zweiten Verhandlung in der Berufungsinstanz trotz der entlastenden Zeugenaussagen, die die in dem Artikel geschilderten Vorkommnisse bestätigen, bestätigt worden.

Von der Markthalle. Vom Magistrat in Königshütte wird durch Anschlag bekannt gemacht, daß die Markthalle ab 1 Oktober 1927 an gewöhnlichen Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 17 (5) Uhr nachmittags, und an den Markttagen am Mittwoch und Sonnabend von 6 Uhr morgens bis 15 (3) Uhr nachmittags, zum Verkauf von Waren geöffnet wird.

Helft den Blinden. Der Blindenverein der Wojewodschaft Schlesien, mit dem Sitz in Königshütte, hat am 1. Juli 1925 eine Sterbekasse ins Leben gerufen, um in Todesfällen den Hinterbliebenen seiner Mitglieder mit einer Begräbnisbeihilfe Beistand zu leisten. Da von den Blinden erklärlicherweise nur ein sehr geringer Monatsbeitrag zu dieser Kasse erhoben werden kann, werden diejenigen unserer sehenden Mitbürger, welche noch ein Herz und Mitgefühl für die des Augenlichts Beraubten übrig haben, herzlichst um einen Beitrag zu der Kasse gebeten. Einzahlungen nimmt die Stadtsparkasse in [illegible]l. Huta (Sparbuch Nr. 493) entgegen. — Ferner unterhält der Blindenverein im städtischen Dienstgebäude an der ul. Glowackiego 5 eine Werkstatt, in welcher arbeitslose und mittellose blinde Stuhlflechter, Korbmacher und Bürstenmacher beschäftigt werden. Er kann dieser schönen und dankenswerten Aufgabe aber nur dann voll gerecht werden, wenn seitens der Bürgerschaft recht viel Arbeitsaufträge beim Verein eingehen. Der Verein bittet daher, ihn in seinen sozialen Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß ihm reparaturbedürftige Stühle und Körbe aller Art zur Reparatur zugewiesen werden. Ebenso werden auch Aufträge auf neue Korbwaren und Bürsten entgegengenommen, desgleichen Aufträge auf Stimmen und Reparatur von Klavieren. Helft den Bedauernswertesten unserer Mitbürger zu Verdienst und Ablenkung!

Siemianowitz

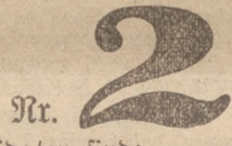
Für die Gewerbetreibenden. Das hiesige Polizeikommissariat gibt der Oeffentlichkeit bekannt, daß die Anträge zwecks Erlangung eines Gewerbepatentes für das Jahr 1928 im hiesigen Kommissariat, ulica Sienkiewicza 16, Zimmer 5, zu erledigen sind, und zwar in der Zeit vom 2. Oktober bis zum 30. November d. J., während der Dienststungen von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. Mitzubringen sind die Patentbescheinigung für das Jahr 1927, eine Photographie (Größe 5 × 6) und zwei Stempelmarken, eine zu 3 Zloty und eine zu 50 Groschen. Die weiteren Informationen daselbst.

Ab 1. Oktober findet die Arbeitslosenkontrolle bereits vorm. von 11—3 Uhr nachm. an den üblichen Tagen statt. bg.

Feierschichten. Nachdem in der vorletzten Woche in einzelnen Betrieben der Laurahütte die erste Feierschicht eingeführt wurde, folgten in der letzten Woche zwei weitere. Wie in der Hütte berichtet wird, sollen in der nächsten Zeit weitere Feierschichten eingelegt werden.

Eine gerissene Händlerin. Am Markttage erschien eine fliegende Seifenhändlerin bei dem Milchhändler Cibis und bat um ein aushilfsweises Darlehen von 16,50 Zl. Als Pfand hinterließ sie 2 schön verschnürte Pakete mit ungefähr 12—14 Kilogramm Seifeninhalt. Das geliehene Geld wollte sie nach 2 Stunden bestimmt zurückerstatten. Nachdem aber bereits der Nachmittag herangekommen war, öffnete man die beiden Pakete und konnte feststellen, daß diese mit schwarzer Gartenerde angefüllt waren. Die Händlerin ist hier dem Namen nach nicht bekannt.





Invalidenversammlung. Am Sonnabend, den 24. September, nachmittags 2 Uhr, fand im Mixa-Restaurant eine Invalidenversammlung statt, während welcher die Invaliden mit Versprechungen beglückt wurden. Es wäre für die alten Invaliden wohl angenehmer, wenn anstatt der Versammlungen und Versprechungen endlich mal Verbesserungen an deren Stelle treten würden.

Er will nicht. Der Lehrling K. des Schuhmachermeisters Hankiewicz flüchtete nach Deutschland, motivierend, weil er nicht beim Militär dienen will.

Leichter Unfall. Am Sonntag nachmittags um 3½ Uhr wurde ein 6jähriger Junge auf der Smielowskistraße von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Dabei erlitt der Junge einen Beinbruch. Mit einem Wagen wurde er ins Lazarett geschafft.

Ansteckende Krankheit. Im östlichen Ortsbereich wurde eine Erkrankung an Pocken festgestellt. bg.

Ein trauriger Vorfall. Ein bekannter Restaurateur der Ortschaft wurde plötzlich von der Polizei zu Protokoll vernommen und nicht mehr auf freien Fuß gesetzt. Angeblich liegen Verfehlungen gegen junge Mädchen von 10—13 Jahren vor. Ein Schulleiter stellte in seiner Schule fest, daß sonst unbemittelte Mädchen reichlich mit Schokolade, Bonbons sowie Geld versehen waren und vor anderen Kindern renommierten Er nahm dieselben in ein Kreuzverhör und die Kinder gaben an, daß sie zu dem Obengenannten in unlautbaren Beziehungen ständen. Während der Abwesenheit seiner Frau lockte er die Mädchen in seine Wohnung. Zu seiner Verteidigung gibt er an, daß ihm absolut keine Schwierigkeiten gemacht wurden, daß sogar Mädchen aus freiem Willen ihm gefällig gewesen sind. Wie dem auch sei, hätte ... als gereifter Mann sich doch zu beherrschen versuchen müssen. X wurde ins Gefängnis nach Kattowitz überführt. bg.

Ihre Buße. Im Juni vergangenen Jahres erhielt der Gemeidesekretär Schaffel von einer gewissen Marie Nawrath eine Flasche Likör mit einem Bittschreiben zugeschickt, in welchem sie den Sekretär bat, ihr eine höhere Unterstützung zuteil werden zu lassen. Der Sekretär schickte dies ohne Bedenken sofort zurück. Die Angelegenheit wäre wohl endgültig erledigt gewesen, wenn nicht die Nawrath, gleich nach dem Vorfall, beim Bürgermeister den Gemeindesekretär wegen ungerechter Zuteilung der Arbeitslosenunterstützung beschuldigt hätte. Nach dieser Beschuldigung übergab der Gemeindesekretär die Angelegenheit dem Gericht zwecks weiterer Erledigung. Am 26. September hatte sich die Nawrath vor dem Kreisgericht in Kattowitz zu rechtfertigen. Für die Beschuldigung konnte die Angeklagte keine Beweise vorbringen. Das Gericht verurteilte sie wegen versuchter Bestechung zu 30 Zl. Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis und wegen falscher Beschuldigung zu 1 Monat Gefängnis oder 30 Zl. Geldstrafe.

Auszahlung der Militärrenten in Michalkowitz. Bezüglich des Ablaßfestes in Michalkowitz am 2. Oktober wird die Militärrente schon am Sonnabend, den 1. Oktober ausgezahlt.

Börsenkurse vom 29. 9. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 95 zł
		frei =	8.96 zł
Berlin	100 zł	=	46.849 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213 45 zł
	1 Dollar	=	8.95 zł
	100 zł	=	46.849 Rmk.

Myslowitz

Der gemaßregelte Magistratssekretär

Die Parteipolitik in dem Myslowitzer Magistrat zeitigt immer schönere Früchte. Bürgermeister Dr. Radwanski wurde beseitigt, weil sich Parteipolitiker auf seine Stelle drängten und den Bügermeister boi der Wojewodschaft wiederholt denunzierten. Sie begnügten sich aber mit der Beseitigung Dr. Radwanskis nicht, sondern wühlen unter allen Magistratsangestellten, die der Sympathien für Dr. R. verdächtig sind. Den größten Haß dieser Sorte von polnischen Politikern zog sich vor allem der Haupt-Magistratssekretär Herr Knappik zu. Herr Knappik befaßte sich überhaupt nicht mit der Politik, war aber, so lange noch Dr. Radwanski im Amte blieb, seine Hauptstütze. Dafür mußte er büßen. Zwar hatten die Kandidaten auf den Myslowitzer Bürgermeisterposten keine Argumente gegen den Beamten. Er war ein Pole, war fleißig und fähig, sicherlich fähiger als die Bürgermeisterkandidaten. In Polen braucht man die fähigsten weniger. Es müssen vor allem Parteimenschen sein, die es verstehen, das Maul aufzureißen. Das verstand Herr Knappik nicht und daher mußte er daran glauben. Ihn schützte zwar die Tatsache, daß er ein festangestellter Beamter war und daß seine Führung makellos war. Wir leben aber in Ost-Oberschlesien, wo der Zweck die Mittel heiligt. Man wartete auf die Gelegenheit, die auch nicht ausblieb. Als nämlich die Sommerszeit heranrückte, hat die PPS. die richtige Zeit abgepaßt, wo sie im Magistrat auf die Mehrheit rechnen konnte. Die Situation wurde von der PPS. entsprechend ausgenützt und Herr Knappik erhielt die Kündigung. Bevor der Magistrat komplett wurde — noch heute ist ein Magistratsmitglied auf Urlaub — war Herr Knappik entlassen. Damit ist aber die Knappik-Angelegenheit noch lange nicht erledigt. Ein festangestellter Beamter kann erst entlassen werden, wenn er sich etwas zuschulden kommen läßt. Aber auch in diesem Falle genügt ein einfacher Magistratsbeschluß nicht, sondern muß das Disziplinarverfahren angestrengt werden. Ein solches Verfahren gegen Herrn Knappik wurde überhaupt nicht angestrengt, dafür hat aber Herr Knappik ein gerichtliches Verfahren gegen den Myslowitzer Magistrat angestrengt, der ihm die Weiterzahlung des Gehalts verweigerte. Man kann schon heute voraussehen, wie die Sache enden wird. Der Myslowitzer Magistrat wird gezwungen werden, das Gehalt weiter zu zahlen. Die Dummen bleiben die Steuerzahler, die die unverantwortliche Politik des Magistrats teuer zu stehen kommt. Die Dinge haben sich in Myslowitz dahin entwickelt, daß hier bereits der eiserne Besen dringend not tut. Der Parteikampf wird die unglückliche Stadt finanziell ganz ruinieren.

Zum Empfang des Staatspräsidenten. Staatspräsident Moscicki trifft am Sonntag, den 2. Oktober, vormittags um 10,10 Uhr am Bahnhof Myslowitz ein und wird dortselbst von einer städt. Deputation und dem Bürgermeister begrüßt. Die Bürgerschaft wird aufgefordert, die Häuser für die Empfangsfeierlichkeiten zu schmücken.

Raubüberfall. Am hellichten Tage wurde der jüdische Handelsmann Dornbusch aus Oswiencim auf der Chaussee zwischen Gieschewald und Nickischschacht überfallen und angeschossen. Der Bandit raubte eine Aktentasche, in der sich 50 bis 100 Zloty befanden und flüchtete. Die Polizei hat für die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 1000 Zloty ausgesetzt.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Die Sonne schwindet.

Seit dem höchsten Stand vom 20. Juni haben die Tage schon wieder merklich abgenommen. Am genannten Tage war die Sonne 3,39 Uhr aufgegangen und 20,24 Uhr untergegangen. Die Tageslänge hatte bis zum 31. Juli schon um eine Stunde 12 Minuten abgenommen; die Sonne ging am selben Tage 4,19 Uhr auf und 19,52 Uhr unter. Etwas rascher verkürzte sich der Tag schon im August. In diesem Monat machte die Verkürzung eine Stunde 53 Minuten aus. Die Sonne kam am 31. August 5,10 hervor und ging 18,50 Uhr unter.

Am 30. September fällt der Sonnenaufgang auf 6 Uhr, der Sonnenuntergang auf 17,39 Uhr, die Verkürzung der Tageslänge machte im September zwei Stunden eine Minute aus. Mit zwei Stunden drei Minuten Verkürzung erreicht dann der Oktober den Höhepunkt. Am 31. Oktober geht die Sonne 6,55 Uhr auf und 16,31 Uhr unter. Am 30. November fällt der Aufgang der Sonne auf 7.48 Uhr, der Untergang auf 15.49 Uhr.

Im Dezember tritt dann nur noch eine Verkürzung der Tageslänge um 27 Minuten ein. Am 21. Dezember wird die Sonne 8,11 Uhr aufgehen und 15,45 Uhr versinken. Die Sonne hat uns geleuchtet 16 Stunden 45 Minuten am 20. Juni, 16 Stunden 42 Minuten am 30. Juni, 15 Stunden 33 Minuten am 31. Juli und 13 Stunden 40 Minuten am 31. August; sie wird scheinen 11 Stunden 39 Minuten am 30. September, neun Stunden 36 Minuten am 31. Oktober, 8 Stunden 1 Minute am 30. November und 7 Stunden 34 Minuten am 21. Dezember. Gegenüber dem höchsten Stand vom 20. Juni bedeutet das eine Verkürzung der Tageslänge um 9 Stunden 11 Minuten.

Bismarckhütte. Nachdem die Bohrrohrdreherei wegen Mangel an Aufträgen seit einiger Zeit eingestellt worden ist und ungefähr 200 Arbeiter zeitweise außer Tätigkeit gesetzt waren, hat man die Absicht, einen kleineren Auftrag mit 30 Mann zu erledigen. Da aber die Werksleitung bei der Einstellung sehr parteiisch vorgeht, hat der Betriebsrat für Donnerstag nachmittag eine Versammlung anberaumt, um gegen die Onkels der Betriebsleitung Stellung zu nehmen. bg.

Wettkampf um die Kohlenmärkte

Weltwirtschaftliche Umschau.

Auf dem Weltkohlenmarkt herrscht wieder eine Krise. Das konnte nicht überraschen. Sobald die Wirkungen des englischen Kohlenstreiks überwunden, die englischen Kohlenlager aufgefüllt waren, erschien England wieder als Konkurrent auf dem Weltmarkt. Wenn die englische Arbeitslosigkeit auch heute noch im Bergbau am größten ist — es feiern gegenwärtig mehr als ¼ Million Bergleute und ein Viertel der englischen Arbeitslosen sind Bergarbeiter —, so kündigt sich doch die neue Weltkohlenlage in einem scharfen Wettkampf um die Märkte an. Auch die deutsche Ausfuhr begegnet steigenden Schwierigkeiten. Vor einem Jahre wurde noch etwa die Hälfte der deutschen Kohlenerzeugung ausgeführt, gegenwärtig sicherlich weniger als ein Viertel. Der Rückgang ist allerdings, abgesehen von der Streikkonjunktur, die Folge der inzwischen eingetretenen deutschen Inlandskonjunktur. Aber der deutsche Kohlenbergbau darf sich im Gegensatz zum Bergbau in anderen Ländern nicht beklagen. Im vergangenen Jahre machte er außergewöhnlich große Gewinne, stärkte seine Reserven, nahm umfangreiche Abschreibungen vor. Dem Ausfuhrrückgang entspricht eine fast ebenso große Steigerung des inländischen Absatzes. In den von England bestrittenen Gebieten Deutschlands vermochte zwar die englische Kohle ihren alten Platz wieder zu erobern, die Steigerung des übrigen Inlandsabsatzes bietet aber auch hierfür einen Ersatz.

Ueberproduktion. — Wiederkehr der alten Krise.

Die Welterzeugung an Kohle war 1926 trotz des englischen Streiks etwas höher als die Vorkriegsproduktion. Der Bedarf nach Kohle ist aber aus den bekannten Gründen zurückgegangen: Verbesserte Wärmetechnik, die eine viel bessere Ausnützung der Kohle erlaubt, Ausbau vom Wasserkräften, Verwendung von Oel im Schiffbau und in der Industrie an Stelle der Kohle, vor allem aber die ungünstige Lage der kohlenverbrauchenden Industrien in den meisten Industrieländern. Holland und Spanien in Europa, Südafrika und Australien in Uebersee sind Selbsterzeuger geworden. Auch die Kohlenförderung Indiens, Japans und Chinas wurde erheblich erweitert, ja, es wurden, so unwahrscheinlich es klingt, in England selbst große neue Kohlenfelder erschlossen. In North Yorkshire wird jetzt ein Kohlenfeld, das bereits über 11 Millionen Tonnen produziert und bald 20 Millionen Tonnen erreicht haben wird, ausgebeutet. Die gegenwärtige französische Produktion ist um etwa 14 Prozent, die belgische um 20 Prozent höher als die Vorkriegserzeugung. Wenn die englische Produktion infolge der Ausfuhrkrise hinter der Vorkriegsförderung zurückbleibt, wird das durch die gestiegene Produktion in den Vereinigten Staaten und den anderen Ländern mehr als wettgemacht. Der seit April im Gang befindliche Großstreik im amerikanischen Kohlenbergbau hat trotz der um ein Drittel gesenkten Wochenerzeugung nur vorübergehende Wirkung. Jedenfalls ist heute wieder eine Ueberproduktion von Kohle zu verzeichnen, die in Ländern ohne starke Inlandskonjunktur die Wiederkehr der alten Kohlenkrise bedeutet. Mit welchen Mitteln möchte man in den verschiedenen Ländern die Krise überwinden?

Wo die Heilmittel? — Die englische „Lösung“.

Infolge der überragenden Bedeutung Englands als Produzent und Exporteur sind die dort nach dem Streik gemachten Heilversuche besonders wichtig. Bekanntlich ermächtigte ein während der Streikdauer angenommenes Gesetz die Kohlenunternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern. Die Löhne der Bergleute werden nicht mehr für das ganze Land, sondern bezirksweise festgesetzt. Die Löhne hängen vom Erlös der Kohlen ab, wobei bezirksweise ein außerordentlich niedriger Mindestlohn besteht. Infolge der gedrückten Preise erhalten die Bergarbeiter heute bereits den Mindestlohn. Auf der anderen Seite ist auch nicht ein einziger Sanierungsvorschlag der englischen Kohlenkommission durchgeführt worden. Die letzte viel beachtete Veröffentlichung des Präsidenten der Kohlenkommission, Sir Herbert Samuel, liest sich wie eine Anklageschrift gegen die Regierung Baldwin, die ihr Versprechen gebrochen und von der Reorganisierung des Kohlenbergbaues unter einseitiger Berücksichtigung der Kohlenmagnaten und der Grundbesitzer Abstand genommen hat. Von den Tausenden von Kohlengruben, deren Zusammenlegung empfohlen wurde, haben sich nur fünf oder sechs zusammengeschlossen. Auch der von der Kommission anempfohlene Erwerb der im Besitz des Hochadels befindlichen Grundstücke durch den Staat, die den Bergbau mit hoher Grundrente belasten, wird unterbleiben. Auch der Transport und der Handel mit Kohlen bleiben weiter unwirtschaftlich. Das Mißtrauen der Bergarbeiter bei der Verrechnung der Löhne wurde nicht beseitigt, das nur zu berechtigt erscheint, weil die Kohlen vielfach an die eigenen Konzerne und Handelsorganisationen zu niedrigeren als den Marktpreisen verkauft bezw. berechnet werden. So bleibt im englischen Kohlenbergbau, abgesehen von einigen Fortschritten in der maschinellen Ausrüstung, alles beim alten. Die englische Kohlenindustrie will jetzt ein ähnliches Rabattsystem einführen wie dies die Stahlindustriellen bereits getan haben und Preisabschläge für Kohlenverbraucher, die ihren Bedarf ausschließlich bei ihnen decken, gewähren. Auch sollen Fabrikbetriebe, die von der Oelzur Kohlenfeuerung zurückkehren, begünstigte Kohlenpreise erhalten. Im ganzen hat der englische Bergbau durch seine verlustreiche Konkurrenz die Schwierigkeiten der anderen Kohlenländer vermehrt, ohne die eigenen behoben zu haben.

Rationalisierung im Bergbau.

In anderen Ländern versuchte man die Krise durch Senkung der Kosten, das heißt durch Rationalisierung des Bergbaues durchzuführen. Was in Deutschland erreicht wurde, ist bekannt. Folgende Statistik des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe ist für den Erfolg der Rationalisierung im Bergbau sehr aufschlußreich. Es wurde in den Bergwerken Preußens gefördert:

In Tonnen pro Kopf der Bergarbeiter:

	1913	1924	1925	1926
Steinkohlenbergbau insgesamt	273,18	229,16	257,66	307,25
Steinkohlenbergb. Rheinl.-Westf.	277,77	236,14	265,75	315,31
Braunkohlenbergbau	1170,28	1115,51	1429,22	1539,92

Eine Rationalisierung der Kohlengewinnung durch organisatorische Maßnahmen — Zusammenlegung der Stillegung —, wie durch technische Verbesserungen wurde weiter in großem Maßstab erzielt in der Tschechoslowakei, wo 1926 dieselbe Menge Stein- und Braunkohlen wie 1924 mit einer stark herabgesetzten Belegschaft gefördert wurde, in Belgien und im Saargebiet. Sogar in Rußland wurde ein im Verhältnis zur Kapitalkraft bemerkenswert hoher Grad der maschinellen Ausrüstung im Bergbau erreicht. Die Lasten der Rationalisierung werden freilich von den Bergarbeitern getragen, nicht allein in der Form vermehrter Arbeitslosigkeit, sondern auch durch gesteigerte Arbeitsintensität, die überall zur erheblichen Steigerung der Unfälle führte. Auch ist die Arbeitszeit der Bergarbeiter trotz Rationalisierung nicht kürzer, eher noch länger geworden und eine der erhöhten Ergiebigkeit der Produktion entsprechende Steigerung der Löhne ist nicht eingetreten.

Monopolisierung des Inlandsmarktes.

In Frankreich und Spanien, deren Kohlenbergbau fast nur für den inländischen Bedarf in Frage kommt, sucht man die Folgen der Ueberproduktion durch Absperrmaßnahmen zu überwinden und den Inlandsbedarf dem eigenen Kohlenbergbau zu sichern. Frankreichs Kohlenbergbau ist zwar modern ausgerüstet, die Belegschaft der Bergwerke besteht aber vornehmlich aus fremden Arbeitern, deren Leistungsfähigkeit geringer ist. Um die hohen inländischen Kohlenpreise zu schützen, sollen die bestehenden Kohlenzölle auf das Fünffache erhöht werden, auch soll der inländische Kohlenbergbau auf den Eisenbahnen erhebliche Tarifvergünstigungen erhalten. Außerdem wurde freilich das System der Einfuhrgenehmigungen, unter dem vornehmlich die englische und belgische, aber auch die deutsche Einfuhr zu leiden hat, eingeführt. In Spanien verbietet eine Verordnung Unternehmern, die auch Inlandskohle verwenden können, fremde Kohle zu verbrauchen. Auch der Bedarf der Eisenbahn muß zum größten Teil im Inland gedeckt werden. Für die Unternehmungen sind die Kohlenmengen, die eingeführt werden dürfen, genau vorgeschrieben. Jetzt wurde die Schaffung eines Einfuhrmonopoltrusts, der den gesamten Bedarf am fremder Kohle einführen soll, in die Wege geleitet. Die Kosten dieser Sperrmaßnahmen müssen freilich die Kohlenverbraucher tragen. Insbesondere werden die Produktionskosten der Industrie erhöht, die Konkurrenzfähigkeit wird geschwächt, was letzten Endes auch dem „geschützten“ Bergbau keinen Nutzen bringt.

Ein Universalrezept,

welches die Schwierigkeiten sämtlicher Kohlenhändler beheben könnte, gibt es wohl nicht. Wo der Markt Verluste bringt, bedeutet Ueberproduktion letzlich Ueberkapitalisierung. Die Gewinnansprüche sind zu hoch. Die Folgen der Ueberkapitalisierung im Bergbau würden viel von ihrer Schärfe verlieren, wenn die Nebenproduktion der Kohle besser ausgenützt und wenn Oel aus Kohle in großem Umfange hergestellt werden könnte. Jede Besserung der Inlandskonjunktur steigert den Kohlenverbrauch; deshalb dient auch jede wirtschaftspolitische Maßnahme zur Intensivierung der Wirtschaft auch dem Kohlenbergbau. Das gegenwärtige Kohlendumping auf der Grundlage künstlich verteuerter inländischer Kohlenpreise ist also auch unter diesem Gesichtspunkt zu verwerfen. Würden die deutschen Kohlenpreise im Inland erhöht, wie dies von den Bergwerksbesitzern in letzter Zeit so häufig gefordert wurde, so könnte eine solche Preissteigerung nur einen schweren Rückschlag für die inländische Konjunktur zur Folge haben. Davon würde der Kohlenbergbau am schwersten betroffen. Andererseits ist es klar, daß die gegenwärtigen Preisunterbietungen bei der Kohlenausfuhr und die wilde Konkurrenz auf dem Weltmarkt nur zu schwersten Verlusten führen kann. Deshalb fordert die Internationale der Bergarbeiter mit Recht die internationale Regelung der Kohlenwirtschaft. Es ist nur selbstverständlich, daß die im Internationalen Verband der Bergarbeiter zusammengeschlossenen Organisationen für eine solche Regelung nicht in der Form eines rein kapitalistischen Kartells, etwa nach Vorbild des internationalen Eisenkartells vorstellen. Was ihnen vorschwebt, ist eine Regelung unter Mitwirkung des Völkerbundes und unter aktiver Teilnahme der Regierungen, der Arbeitnehmer und der Verbraucher. Ausreichendes Verständnis hat sich dafür bisher allerdings weder bei den Zechenherren noch bei den Meistern des Völkerbundes gefunden.

A. H.

Der mexikanische Kirchenstreit

Von P. Elias Calles, Präsident der Republik Mexiko.

Der mexikanische Religionsstreit, der vor etwa einem Jahre in ein akutes Stadium trat, hat begreiflicherweise auch die Oeffentlichkeit Europas in starkem Maße interessiert. Da anzunehmen ist, daß bei der großen Entfernung die Unterrichtung der europäischen Oeffentlichkeit leicht in der einen oder andern Richtung einseitig erfolgen kann, erscheint es angebracht, in kurzer sachlicher Zusammenstellung zu schildern, welches der Inhalt der Gesetze war, die zum offenen Ausbruch des Streites vor Jahresfrist geführt haben.

Es darf im voraus bemerkt werden, daß in keiner Weise neue Gesetze gegen die Ausübung irgendeines Kultes, am allerwenigsten speziell des katholischen Kultes, erlassen worden sind, sondern daß es sich lediglich um die striktere Durchführung der in der Verfassung von 1857 und späteren Reformgesetzen enthaltenen Bestimmungen handelt: einer strengeren Handhabung, die für jeden andern Staat selbstverständlich ist und in Mexiko insonderheit durch unhaltbare Zustände auf diesem Gebiet erforderlich wurde. Diejenigen gesetzlichen Bestimmungen, die die Grundlage für das Vorgehen der Regierung am 1. August 1926 bildeten, sind im letzten Nachtrage zum Strafgesetzbuch enthalten; es handelt sich dabei um Bestimmungen über die Bestrafung von Vergehen gegen die Verfassung. Dieses Gesetz ist es, von dem der Klerus behauptet, daß es die Ausübung des religiösen Kultes unmöglich mache, „da es Predigten, Darreichung der Sakramente und den Kultus überhaupt verbiete“.

Das erwähnte Gesetz schreibt erstens vor, daß Geistliche irgendeiner Konfession nicht Ausländer sein dürfen. Das Ergebnis war die Abreise fast aller fremden Priester, die in Mexiko amtierten, während andere sich entschlossen, eine Tätigkeit aufzunehmen, die nicht im Widerspruch mit dem Gesetz steht. Diese gesetzliche Maßnahme hat sich als Vorteil für die mexikanischen Geistlichen durch Ausschaltung beruflicher Konkurrenz erwiesen. Weiter regelt das Gesetz die Erziehung in Privatschulen mit Elementarunterricht, läßt aber in allen anderen Schulen, auch Handelsschulen, Universitäten usw. volle Freiheit, Religionsunterricht zu erteilen. Wenn der Klerus daraufhin seinerseits den Eltern rät, „die ernste Aufgabe der Erziehung, die Gott ihnen anvertraut habe, zu Hause zu erfüllen“, so ist das genau das, was die Regierung erreichen wollte.

Weiterhin sind klösterliche Orden nicht erlaubt, weil die Verfassung von 1857 sie verbietet. Ich glaube nicht, daß Klöster eine wesentliche oder unerläßliche Bedingung zur Ausübung eines Kultus sind und ihr Verbot bedeutet daher keinen Angriff auf die katholische Religion. In den größten katholischen Ländern sind im Laufe der Geschichte seitens der Regierung klösterliche Orden aufgelöst und ihre Mitglieder ausgewiesen worden, ohne daß dadurch die Staatsoberhäupter ihren Charakter als „geliebte Söhne der katholischen Kirche“ verloren hätten.

Weiterhin ist verboten, daß jemand in Ausübung seines geistlichen Berufs schriftlich oder mündlich seine Unkenntnis der Gesetze oder seine Auflehnung gegen sie betont. Vielleicht ist es diese Bestimmung, die nach Auffassung des Klerus „die Predigten unmöglich macht“, woraus allerdings hervorgehen würde, daß man die Kanzel benutze — oder benutzen möchte —, um zur Nichtbeachtung der Gesetze aufzureizen oder Propaganda gegen die Regierung zu machen, kurz: für weltliche, politische Dinge.

Ich möchte wirklich einmal die Regierung kennen lernen, die es in irgendeinem Lande duldete, daß in den Kirchen ihre Verfassung, ihre Gesetze und ihre obersten Beamten angegriffen werden; außerhalb der Kirche müssen solche Angriffe selbstverständlich geduldet werden, auch seitens Angehöriger der Kirche: in der Presse, bei politischen Versammlungen oder anderswo, wo die Hörer nicht unter religiösem Einfluß stehen; denn in der Kirche rechnet der Priester mit einem passiven Gehorsam und geistiger Sanftmut, und hier sind auch keine Debatten über die vom Priester vorgebrachten Gedanken möglich, wie das anderswo doch üblich ist.

Verboten sind fernerhin politische Gruppen, aus deren Namen hervorgeht, daß sie Beziehungen zu einer religiösen Konfession haben. Keine Partei soll sich z. B. „Katholische Partei“ oder „Protestantische Partei“ nennen dürfen, obwohl Katholiken wie Protestanten das volle Recht haben — das sie auch ausüben —, sich in politischen Gruppen zusammenfinden. Was man vermeiden will, ist nur, daß unter der Bezeichnung eines kirchlichen Namens der politische Kampf den Charakter eines religiösen mit den sich daraus ergebenden leidenschaftlichen Folgen annimmt (für einen klugen Kritiker werden hierdurch eigentlich die Katholiken geschützt, da bei der erdrückenden liberalen Mehrheit in unsern organisierten politischen Vereinigungen die Niederlage eines katholischen Kandidaten schon allein deswegen fast sicher sein würde, weil seine Partei einen religiösen Namen trüge.) Es gibt in Mexiko sicher Millionen Katholiken bei den Republikanern und Demokraten, aber es fällt keinem ein — womit er auch keinen Erfolg haben würde —, eine katholische Partei zu gründen, um in ihr alle Republikaner und Demokraten katholischen Glaubens zu vereinen.

Verboten ist auch, öffentliche kirchliche Handlungen außerhalb der Kirche vorzunehmen. Wenn wir einmal in Mexiko als Ergebnis der Erziehung der großen Volksmasse einen Gemeinschaftssinn haben werden, der Achtung vor jedem Glaubensbekenntnis und vor den Gesetzen kennt, wäre sicher nichts dagegen einzuwenden, religiöse Feiern auch außerhalb der Kirche zu gestatten; aber bei der bestehenden Unduldsamkeit, besonders der katholischen Priester, würde eine solche Erlaubnis Anlaß zu dauernden Verwicklungen geben. Deswegen sollen auch die Priester öffentlich nicht in Amtskleidern erscheinen; unwahr ist das Gerücht, es sei allgemein verboten, Medaillen, Rosenkränze oder ähnliche religiöse Gegenstände zu benutzen, denn diese sind nicht als besonders charakteristisch anzusehen und können wegen ihres künstlerischen Wertes oder Schönheit als Schmucksachen von Katholiken oder Mohammedanern getragen werden.

Aus dieser kurzen Zusammenstellung ergibt sich schon, daß der Regierung nichts ferner gelegen hat, als die Predigten abzuschaffen oder Sakramentshandlungen und die Ausübung des Kultus verbieten zu wollen.

Die Gründe jedoch, die von der Gegenseite für eine solche Wirkung der Gesetze geltend gemacht werden, sind von dreierlei Art: nämlich erstens die Furcht, die — wie sie es nennen — „heiligen Besitztümer“ zu verlieren, obwohl jeder Mexikaner weiß und fühlt, daß diese schon seit den Reformgesetzen dem Staate gehören; zweitens die Forderung der Regierung an die Geistlichen, die eine Kirche verwalten, die gesetzliche Anmeldung, d. h. ihre behördliche Eintragung, zu befolgen, und drittens die Ansicht, daß die Regierung beabsichtige, das Land vom Katholizismus zugunsten eines andern Glaubens zu befreien. In betreff der ersten Befürchtungen reden sie vom Kirchenbann und bedrohen jeden Katholiken mit dem Titel Verräter, der Kirchengüter denunzieren sollte (ein Beweis dafür, daß es entgegen den seit 600 Jahren bestehenden und seitdem befolgten Gesetzen solche noch gibt).

Was den zweiten Punkt, die Anmeldung, betrifft, so hat auf Grund der Verfassung der Verwalter einer Kirche zusammen mit zehn Angehörigen seiner Gemeinde die Stadtbehörde zu benachrichtigen, wer für die betreffende Kirche verantwortlich ist. Er hat ferner jeden Wechsel in der Leitung anzuzeigen und bei Eröffnung einer neuen Kirche dafür Erlaubnis einzuholen; alles das aus dem einfachen Grunde der Ordnung und auch der Statistik ganz abgesehen davon, daß es unverständlich wäre, wenn die Regierung als Vertreterin der Nation und Besitzerin der Kirche nicht wissen sollte, wer mit der Bewachung und Pflege dieser Besitztümer beauftragt ist. Wenn ich auch diese Frage nicht weiter untersucht habe, so kann ich mir doch nicht denken, daß es ein geordnetes Land geben kann, wo nicht von der Regierung ein derartiges Register geführt wird, wie man auch — sei es auch nur aus sanitären oder polizeilichen Gründen — genau Register über alle für die Oeffentlichkeit bestimmten Lokalitäten zu führen pflegt.

Die dritte Behauptung der Geistlichkeit endlich, die Regierung betreibe nicht, wie es die Verfassung vorschreibt, Glaubensfreiheit, sondern die „Entkatholisierung“ Mexikos, so möge man uns irgendeine Handlung oder Verfügung nachweisen, die einzig gegen die katholischen Geistlichen gerichtet ist; es handelt sich immer nur um allgemeine Erlasse zur Verwirklichung oder Trennung von Kirche und Staat, wobei unter „Kirche“ nicht nur die katholische zu verstehen ist, wie die Bischöfe behaupten, sondern jede Religion überhaupt, die hier einen Kultus pflegt.

Man ersieht hieraus, daß die Gründe für die Gegnerschaft der Geistlichkeit gegen das Vorgehen der Regierung nicht auf die neuen Gesetze, sondern auf die uralten in der Verfassung niedergelegten mexikanischen Grundgesetze fußen; Bestimmungen, die keine Regierung in der Lage ist, von sich aus zu ändern, sondern die nur durch eine angesichts der tatsächlichen Verhältnisse unmögliche Verfassungsänderung abgeschafft werden könnte.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Die Sensation des Harems

Wie den Ausländern das Gruseln beigebracht wird.

Mit einem türkischen Freunde besuchte ich den Top-Kapu-Serail, jene alten Sultansgemächer, die terrassenförmig auf dem am Bosporus sich erhebenden Hügel Stambuls liegen. Vor zwei Jahrtausenden lag hier die älteste Siedlung der Dorier, später die Akropolis des alten Byzanz. Das Janitscharenmuseum, die düstere Henkerstube, die unermeßliche Werte enthaltende Schatzkammer und die kleinen Marmorpavillons der Sultane haben wir durchschritten und gelangen nach dem unzugäglichen Harkai Scheriff Adassi und den Haremsräumen. Von ihnen sind nur einige mit Teppichen ausgeschmückte Zimmer zu sehen. Der übrige Teil, ein Labyrinth von hölzernen, unter der Last der Jahrhunderte zusammengebrochenen Korridoren, Zellen und Luxusräumen, wird augenblicklich renoviert.

Beim Betreten der früheren Wohnungen der Obereunuchen treffen eine eine kleine Gruppe amerikanischer Journalisten. Mit gespannten Gesichtern umstehen sie einen der Serailführer, der ihnen in gebrochenem Englisch von den Geheimnissen des Harems flüstert. Mit mystischem Lächeln zeigt er auf ein an einem Nagel hängendes Stück trockene, runzelige Haut. Man bestürmt ihn um Aufklärungen.

Ein langer Amerikaner beschwichtigt den Führer mit einem „wertvollen" Händedruck und nimmt die Haut herab. Seine Kollegen umdrängen ihn. Man befühlt, betastet den Hautlappen; man hält ihn gegen das Licht, und einstimmig stellen die Skalpkenner fest: „Menschenhaut!"

Der Führer nickt. „Ja, es ist Menschenhaut, die Haut der ersten Dienerin im Harem Suleimans I., der von 1520 bis 1566 regierte. Eines Nachst wurde sie hier auf diesen heraufführenden Marmortreppen bei lebendigem Leibe enthäutet, ihre Haut aber an diesem Nagel aufgehängt. Die Aermste war gar nicht so sehr schuldig, doch die Wut des Sultans kannte keine Grenzen."

Weiter sagte der Führer zunächst mit kluger Berechnung nichts. Wieder werden Händedrücke mit ihm gewechselt, der Dollar regiert ja die Welt.

„Erzählen Sie weiter!" Und er raunt mit gedämpfter Stimme: „In einer Nacht — es war im Jahre 1553 — schlich sich auf unerklärliche Weise durch das an der äußeren Mauer herausgenommene Fenster in das Gemach einer Grusierin, die als eine der schönsten Sklavinnen des Sultans galt, — — ihr Liebhaber. Jahrelang hatte er in seinem verlorenen Dörfchen im Kaukasus nach der abgöttisch angebeteten Jugendgefährtin geschmachtet, als eines Tages die Kunde zu ihm drang, seine Geliebte verzehre sich in Gram und Sehnsucht und sei dem Tode nahe. In einer stürmischen Nacht war er verschwunden. Nachbarn hatten seine letzten Worte an seine weinende Mutter gehört: „Ich muß sie retten, und koste es mein Leben." So war er zu ihr gedrungen. Jauchzend kniete er vor ihrem Lager und bedeckte sie mit Küssen. Sie wollte vor Freude schreien, aber trockener, erstickender Husten erschütterte ihren schon geknickten Alabasterleib."

Die Augen der Amerikaner glänzten feucht.

„Inzwischen aber kam die Hauptdienerin, eine fette, jedoch sehr bewegliche Negerin, an der Zelle vorbei und vernahm den Lärm. Sie öffnete die Türe und sah den knieenden Mann. Schreie der Ueberraschung, Schreie des Entsetzens, Schreie der Wut.

In wenigen Minuten war der Bedauernswerte gefesselt, an den ewig brennenden Ofen des Haremsbades gebracht und ins Feuer gestoßen. Seine gellenden Schreie alarmierten den ganzen Harem. Die totkranke Grusierin stürzte herbei. Bei dem gräßlichen Anblick brach sie tot zusammen."

Einigen Amerikanern schießen die hellen Tränen über die Backen.

„Von dem Vorfall benachrichtigt, kam der Sultan in den Harem. Die Negerin wies nur auf den Badeofen und die tote Geliebte. Die Augen des Allmächtigen sprühten Blitze: Ein fremder Mann in seinem Harem? Er hätte eigenhändig den fremden Eindringling erwürgt. Warum alles ohne seinen Befehl? Sein Wut- und Rachegefühl war erwacht. Es brauchte noch mehr Blut, um die beleidigte Herrscherwürde reinzuwaschen. Er zeigte auf die vor ihm liegende Negerin: „Enthäutet sie lebendigen Leibes und hängt ihre Haut dort am Eingang des Harems auf! An Stelle der Haut des Verbrannten soll ihr Fell allen Menschen zeigen was ihrer wartet, wenn sie die Schwelle meines Harems überschreiten!" Mit gezücktem Schwerte warf sich der Henker auf die vom Schreien ohnmächtige Schwarze..."

Wir haben genug von der Historie der Haut. Ich gehe mit meinem türkischen Freunde fort, währen die Amerikaner dem Ende der Schauermär lauschen. Sie, die aus dem Lande der Skalpe kommen, seien an noch grausigere Geschichten gewöhnt, erklärte mir am Abend einer der amerikanischen Kollegen wichtig.

Unten am Eingange treffen wir den Oberaufseher des Serails. „Die Negerin," sagt er uns, „ist vielleicht enthäutet worden, vielleicht auch nicht. Aber da Sie keine sensationslüsternen Amerikaner sind, will ich Ihnen verraten, daß die vom Führer gezeigte Haut keine Menschenhaut, sondern ein Stück gegerbte Büffelhaut ist. Er hat sie dort aufgehängt für die naiven und nach Harems-Sensationen lüsternen Ausländer, vornehmlich für die vielen Amerikaner, die dann für die „Auskunft" große Trinkgelder geben. Jeder Mensch will leben."

Wir gaben ihm recht...

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 30. September 1927. 16,30—18: Aus komischen Opern. — 18: Stunde undWochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 19—19,30: Uebertragung aus Gleiwitz: Chefredakteur Heinrich Koitz: Zeitlupenbilder aus Oberschlesien. — 19,30—20: Abt. Philosophie. — 20,15: Zum 70. Geburtstage von Hermann Sudermann: „Das höhere Leben". — 22,15: Zehn Minuten Esperanto.

Posen — Welle 270,4.

Freitag. 9: Uebertragung der Messe. — 13: Börsen- und Landwirtschaftsberichte. 17,30: Konzert. — 19,55: Aktuelle Radio-Plauderei. — 20,15: Sinfoniekonzert. — 22,20: Zeitsignal.

Krakau — Welle 422.

Freitag. 17,25: Kinderstunde. — 18: Warschau. — 19. Vorträge. — 20: Sportberichte. — 20.30: Warschau.

Warschau — Welle 1111.

Freitag. 12: Wie vor. — 17: Kinderstunde. — 18: Konzert. — 19,35: Vortrag. — 20,15: Abendkonzert.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Graz 357,1. — Klagenfurt 272,7. — Innsbruck 294,1 (versuchsw.).

Freitag. 11: Vormittagsmusik. — 16,15: Nachmittagskonzert. — 18: Wochenbericht für Fremdenverkehr. — 18,25: Was ist eine Symphonie? — 19: Schlangen als Haustiere. — 19,30: Die Zentenarfeier in Como und ihre wissenschaftlichen Ergebnisse. — 20,05: Kralik-Abend. — 21,05: Brahms-Abend.

Bern Welle 411. — Basel Welle 1100.

Freitag. 16: Orchester. — 16,35: 25 Minuten für die Hausfrau. — 20: Berndeutsche Plauderei: Volksbräuche und Volksglauben im Kanton Bern. — 20,30: Sonaten-Abend. — 21,30: Orchester.

Mailand — Welle 315,8.

Freitag. 20,45: Zeitzeichen. Verschiedenartiges Konzert. Unterbrechungen: Rezitationen und Stefani-Nachrichten. Anderes Programm: Wie Montag.

Rom — Welle 450.

Freitag. 21: Wie Dienstag. — 21,10: Aufführung des 2. Aktes von „Si", Operette von Mascagni. Auszug der Operette „Acqua cheta", Operette von Pietri. Unterbrechung: Weltecho von Alterocca. Anderes Programm: Wie Montag.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Zentralbibliothek des Bundes für Arbeiterbildung.

Die Eröffnung der Zentralbibliothek des Bundes für Arbeiterbildung Königshütte, ul. 3-go Maja 6, Dom Ludowy (Volkshaus), erfolgt am Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr.

Versammlungskalender

Bismarckhütte. (Freidenker.) Am Sonntag, den 2. Oktober d. Js., vormittags um 9½ Uhr, findet in Königshütte, Tempelstraße 35, bei Herrn Paschek, die Mitglieder-Versammlung des Freidenkerbundes Bismarckhütte statt. Wegen der Wichtigkeit wird ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste sind herzlich willkommen.

Königshütte. (Freidenker.) Sonntag, den 2. Oktober, letzter Annahmetag der Bibliotheksbücher. Für die nicht abgeführten Bücher, die eingezogen werden, müssen Strafen entrichtet werden.

Myslowitz. (D. S. A. P.) Sonntag, den 2. Oktober, findet eine Versammlung der D. S. A. P. mit den Bergarbeitern um 10 Uhr vormittags im Schloßgarten statt. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung, unter anderem die Vorstandswahl, stehen, ist es Pflicht, daß alle Mitglieder recht zahlreich erscheinen. Referent: Genosse Kowoll.

Nikolai. (Freie Sänger.) Am Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, veranstaltet der Gesangverein „Freie Sänger" einen Unterhaltungsabend mit Tanz; dazu ist die Partei, Freie Gewerkschaften, Bund für Arbeiterbildung herzlich eingeladen. Hotel „Gorny Slonsk" (Ciossek).

Vermischte Nachrichten

Ein künstliches Paradies.

Vor ungefähr dreißig Jahren kam der amerikanische Farmer S. P. Dinsmoor in Kansas auf die originelle Idee, sich einen eigenen Paradiesgarten zu schaffen, der genau dem in der Bibel geschilderten Paradies entsprechen sollte. Er kaufte ein größeres Grundstück und bebaute es dreißig Jahre recht sorgfältig; dann war er überzeugt, ein getreues Abbild des Gartens Eden zu besitzen. In dem künstlichen Paradies gibt es natürlich auch den Baum des Lebens, und die verräterische Schlange darf nicht fehlen. Sogar der Teufel ist vorhanden, freilich nur in Form einer Holzfigur; um der Sache etwas Leben zu verleihen, wird der Teufel nachts mit roten und grünen Scheinwerfern beleuchtet. Das Publikum hat freien Eintritt zum Paradiesgarten, denn der wackere Farmer wollte ja nichts an seiner Erfindung verdienen. Täglich drängen sich Scharen von Neugierigen in dem neuerstandenen Eden. Als Mister Dinsmoor endlich im Paradies Wohnung nehmen konnte fiel ihm ein, daß etwas Wesentliches noch fehle. Der moderne Adam hatte noch keine Eva! Obwohl Mister Dinsmoor damals schon 81 Jahre alt war, fand er noch eine Eva, nämlich ein reizendes, zwanzigjähriges junges Mädchen, das dazu noch sehr reich ist. Sie war mit der Rolle der modernen Stammutter völlig einverstanden und heiratete den greisen Adam, der aber für biblische Verhältnisse noch gar nicht so sehr alt ist. Nach einem Jahr ist Mister Dinsmoor glücklicher Vater eines gesunden Jungen geworden, und das hat erheblich dazu beigetragen, seine Volkstümlichkeit bei seinen Landsleuten noch zu vergrößern.

Seltsame Testamente.

Ein seltsames Testament hat ein in Birmingham verstorbener Industrieller, James Mott, hinterlassen. Mott befürchtete offenbar, daß er lebendig begraben werden könnte und hat daher seinen Erben Instruktionen erteilt, wie sie sich über sein endgültiges Ableben zu vergewissern haben. Zunächst sollen zwei Aerzte seinem Leichnam eine starke Dosis Blausäure einspritzen und dann den Kopf vom Rumpfe trennen. Danach ist der Leichnam in einen wasserdichten Sack einzunähen und ins Meer zu versenken.

Große Freude machte ein soeben verstorbener Einwohner von Chicago seinen Erben. Er hinterließ ihnen die Kleinigkeit von 2,9 Millionen Dollars. Das Verdächtnis hat allerdings eine Schattenseite: Es wird erst im Jahre 2427 ausgezahlt werden, denn der großmütige Erblasser hat einen ganzen Dollar zu 3 Prozent Zinsen in einer Bank deponiert, der in 500 Jahren auf die obengenannte Summe angewachsen sein wird. Vorausgesetzt, daß die Bank nicht bis dahin verkracht, unser Planet mit irgend einem anderen Himmelskörper in Kollision geraten ist oder auch nur eine Inflation nach europäischem Muster, wodurch sowohl dem Dollar und seinen Nachkommen als auch dem Nachwuchs des klugen Testators auf eine von ihm nicht vorausgesehene Art der Garaus gemacht werden könnte.